Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

27.1.1892 (No. 21)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 25 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 21. Mittwoch, den 27. Januar 1892.

Dem Kaiser und Könige Wilhelm II. zum 27. Januar 1892.

Festlich war geschmückt der Saal des Schlosses,
Und auf hohem Throne saß der Kaiser,
Saß, umringt von seines Rathes Häuptern,
Führern seines Heers und Würdenträgern,
Die des Hofes Glanz und Anseh'n dienen.
Kriegerisch umschließt die Brust des Herrschers
Aus geschliffenem Metall der Panzer,
Und das Haupt bedeckt der blanke Stahlhelm,
Den der Adler krönt, der flugbereite,
Krieg'risch stolz auch er — doch nicht dem Kriege
Gilt's, zu weihen gilt's ein Werk des Friedens!

Weit jetzt öffnet sich des Saales Pforte,
Und, geleitet von des Hofes Marschall,
Dem da glänzend folgt der Diener Menge,
Tritt ein Priester hin zum Thron des Kaisers.
Würde strahlt vom Antlitz ihm, dem edlen,
Würde fließt um seiner Haltung Anstand.
Kreuz und Kette und des Mantels Purpur,
Purpurn das Gewand auch und der Gürtel
Künden seiner Kirche hohen Fürsten
Und der Hirten Oberen, den Bischof.

Tief verneigt der Bischof sich dem Kaiser,
Huld'gend seinem und dem Herrscher jener,
Die zum Heil zu führen er erwählet,
Lauscht dem Wink des Mächt'gen und erhob'nen
Hauptes spricht er tiefbewegt die Worte:

„Hoher Herr und Kaiser! Dir der Treue
Eid zu schwören bin ich hier erschienen,
Doch zuvor in meines Herzens Innerm
Drängt es heißen Dankes Frohgefühle
Von den Lippen hin zu Dir zu strömen!
Schwer und heilig sind des Bischofs Pflichten,
Und es richtet streng der Herr des Himmels.
Sieh! da schenkt mir freundlich Seine Gnade,
Eines Fürsten Haupt in Dir zu grüßen,
Der, ob andern Glaubens auch und Stammes,
Lenkt die Wege [illegible] zu gleichem Ziele!
[illegible] und königlich im Busen
Schlägt das Herz Dir, und die Deinen alle,
Alle schließt es ein mit gleicher Liebe!
Alle ruft es, Alle, sich zu schaaren
Um den Thron der Zollern, darzubringen
Nicht des äußeren Gehorsams Zeichen,
Nein, sich hinzugeben ganz in Liebe,
Ganz in Ehrfurcht Dir, der Aller Vater!

Großes, wahrlich, fordert uns'rer Tage
Ernst, die Gährung in der Völker Leben.
Schwerer lastet heut' der Pflichten Menge
Auf des Herrschers Schultern wohl, denn jemals!
Fester Hand bedarf's und klaren Auges,
Denn zu steuern gilt's durch Fluth und Stürme!
Wie des Fährmanns Blick zum Stern des Nordens,
Muß des Königs Auge fest gerichtet
Steh'n auf Ihn, der aller Kön'ge König!
Sieh, es wälzt und windet sich der Welten
Kreis, und fest gegründet steht nur Eines:
Nur das Kreuz für jetzt und alle Zeiten!
Heil Dir, dreimal Heil Dir, hoher Herrscher,
Der Du Leben schöpfest aus des ew'gen
Lebens Quell und Deine Völker führen
Aus des Tages nichtig eitlem Streben
Möchtest hin zum Hort des einzig Wahren!"

Also sprach der Bischof, und mit Blitzes
Schnelle trägt das Wort am Draht der Funke
Hin zu Allen, die des Kaisers Lande,
Die Europa, die die Welt bewohnen.
Und wo immer Menschenherzen schlagen,
Rein und gut, da weckt es hellen Anklang,
Heller Freude Jubel, und es preisen
Millionen Deutschlands hohen Kaiser,
Ihn, des Friedens auserwählten Fürsten,
Seines Landes nimmermüden Vater,
Hort und Hüter allem, was da Segen
Trägt und wahres Glück der Erde Völkern!

Heil Dir, Kaiser Wilhelm! Langen Lebens
Ungeschwächte Kraft sei Dir beschieden!
Weit're schlag' und immer weit're Wellen
Wort und That Dir, und zum guten Zeichen
Der Versöhnung nimm, des Völkerfriedens,
Was zu Dir, des deutschen Reiches Kaiser,
Sprach der Bischof jüngst, der edle Pole!

Franz Giese.

)(Das Gesetz über den Elementarunterricht.

Seit dem Erscheinen des Entwurfes — die Redaktion der „Bad. Schulztg." brachte denselben durch Ausgabe einer Extranummer ihren Lesern schon am Tage nach der Vorlage in der Kammer zur Kenntniß — ist derselbe, wie wir erfahren konnten, in den betheiligten Lehrerkreisen schon lebhaft debattirt worden.

Die Lehrer hatten sich, seitdem ihre Petition vor zwei Jahren in der Kammer ohne die von Herren Fieser und Friderich sonst gewohnten Hiebe, von allen Parteien wohlwollend beurtheilt worden war, darein gefunden, daß sie nicht gewürdigt worden waren, in's Beamtengesetz aufgenommen zu sein und legten sich die Sache so zurecht, daß die Regierung jetzt Gelegenheit habe, die Erfahrungen, welche sie mit dem Beamtengesetze gemacht hatte, zu verwerthen, um Fehler zu vermeiden und das neue Gesetz nicht wie dort, von vornherein zum Erzeuger neuer Petitionen werden zu lassen.

Wie mir scheint, ist diese Hoffnung nicht zum Ganzen erfüllt; es geht ein Klagen durch's Land. Zur Hälfte scheinen diese Klagen wenig berechtigt; der Theil des Gesetzes wenigstens, der in der Lammstraße entstand, konnte befriedigen. Und was jenen Theil anbelangt, der aus der Waldhornstraße kommt, so müssen die Lehrer immerhin bedenken, daß nicht alles Gold ist, was glänzt.

Doch erscheinen manche Bedenken der Lehrer als berechtigt. Besonders die älteren aus denselben, die mit der liberalen Partei und ihrer Regierung schon viele Jahre lang durch Dick und Dünn gegangen sind, haben die Aufbesserung blos auf dem Papier; denn es wird so ungefähr erst 1920 werden bis die im Gesetze vorgesehene Summe im ganzen Umfange zur Vertheilung kommt. Dann sind die alten Lehrer, die schon so lange vertröstet wurden, wohl alle todt.

Auch bezüglich der Bezüge im Allgemeinen scheint die Regierung keine Beamtenkategorie zu kennen, mit denen die Lehrer in Vergleich gestellt werden könnten; 1800 Mark und noch weitere nebengehaltliche 100 M. Höchstgehalt 31 Jahre lang erstreben zu sollen, wird wenigstens niemanden im Beamtengesetze zugemuthet.

Den besten Schnitt machen bei dem ganzen Gesetze die großen Städte, die ihre Lehrer wählen und wieder weiter schicken können, ohne dabei dem Staate gegenüber neue irgendwie fest normirte Verpflichtungen übernehmen zu müssen; so ein alter Lehrer kann's nach dem neuen Gesetze erleben, daß er, wenn er nicht mehr genügt, von der städtischen Bildfläche verschwindet oder mit einer Landlehrerpension sich selber von der Bildfläche verschwinden machen muß. Die alten Patronate waren so schlimm nicht gegen diese neuen liberalen Errungenschaften.

Immerhin bedeutet das Gesetz einen wesentlichen Fortschritt in ihrem Sinne auch für die Lehrer. Es gibt ihnen im Prinzip die Eigenschaft eines Staatsbeamten. Ob sie besser damit fahren werden als unter der Flagge des Gemeindebeamten wird sich zeigen; ob sie sich leichter fühlen unter der „Fachaufsicht" eines „Oberlehrers" als unter der wohlwollenden Führung des Ortspfarrers ist die andere Frage.

Daß auch die Centrumspartei den Lehrern wohlwollend gegenüber steht, werden ihre Vertreter in der Kammer gelegentlich der Berathung dieses Gesetzentwurfes sicherlich zu erkennen geben; es läßt sich unter dem Krummstab so gut wohnen als anderswo.

Im Uebrigen erscheint uns ein Gesetz, das den Charakter der gemischten Schule wahrt, eben gerade so lange als annehmbar, als wir nicht in der Lage sind, es zu verhindern.

Deutschland.

Berlin, 25. Januar.

Der König und die Königin von Württemberg trafen gestern Abend um 8 Uhr auf dem Anhalter Bahnhof ein und wurden vom Kaiser, dem Prinzregenten Albrecht, dem Erbgroßherzog von Baden und der Prinzessin Karl begrüßt. Der Kaiser umarmte den König mehrmals und begrüßte die Königin mit Handkuß. Nach dem Abschreiten der Ehrenkompagnie erfolgte die Vorstellung der Generalität und des Gefolges, sodann die Fahrt zum Schloß, bis wohin die Garnison Spalier bildete. Jubelnde Zurufe erschallten aus der zahlreichen Menschenmenge. Die Gebäude am Bahnhof hatten geflaggt. Bei der Abfahrt vom Bahnhof ritten vor und hinter dem Wagen der Majestäten je eine halbe Schwadron des Garde-Kürassierregiments. Auf dem Perron war die Ehrenwache von einer Schwadron des Leibgarde-Husarenregiments gestellt worden. Im Schloß erfolgte die Begrüßung durch die Kaiserin und sodann Diner.

— Der Kultusminister wurde Samstag Nachmittag vom Kaiser zum Vortrag empfangen. Abends 9 Uhr erschien der Kaiser unangemeldet in der Wohnung des Ministers. Auf den Wunsch des Kaisers wurden alsbald auch Finanzminister Dr. Miquel, Graf Douglas und von Benda geladen. Der Kaiser verweilte in reger Unterhaltung bis 12 Uhr Nachts, obwohl die Equipage bereits für 11 Uhr bestellt war. Man versichert, schreibt hierzu der hiesige Korrespondent der „Frankf. Ztg.", daß die Unterhaltung, die am Samstag Abend der Kaiser bei dem Minister von Zedlitz mit Miquel, Douglas und Benda hatte, sich auf das Volksschulgesetz bezogen habe und glaubt, daß die Aussichten für den Entwurf dadurch besser geworden seien. Der Kultusminister sei zur Zeit der einflußreichste Mann.

— Der „Köln. Ztg." zufolge reichte Miquel in der Mitte der vorigen Woche sein Abschiedsgesuch ein, das der Kaiser ablehnte. Miquel hatte gegen wesentliche Bestimmungen des Schulgesetzentwurfs erhebliche Bedenken geltend gemacht. Der Kaiser bat ihn, den Entschluß zum Rücktritt mindestens so lange aufzuschieben, bis es überschbar sei, zu welchem Resultat die Kommissionsberathungen führen würden.

— Die Budgetkommission des Reichstags berieth Freitag Abend den ihr überwiesenen Gesetzentwurf über die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften. § 1 besagt: Die Familien der aus der Reserve, Landwehr oder Seewehr zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften erhalten im Falle der Bedürftigkeit aus öffentlichen Mitteln Unterstützungen. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, auch die Ersatzreservisten für die zweite und dritte Uebung einzubeziehen. Statt der Worte „im Falle der Bedürftigkeit" wurde gesetzt „auf Verlangen" und statt „aus öffentlichen Mitteln" „aus Reichsmitteln". § 2 stellt die Höhe der Unterstützungen fest. Auf Antrag des Dr. Buhl wurde die Unterstützung normirt für die Ehefrau auf 30 pCt., für die anderen Personen auf 10 pCt. des ortsüblichen Tagelohns; im Ganzen sollen aber nicht mehr als 60 pCt. gezahlt werden. Sämmtliche Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

— Ueber das Schicksal des Trunksuchtsgesetzes äußert sich die „Nordd. Allgem. Ztg." sehr resignirt. Auf die Annahme desselben rechnet sie offenbar nicht mehr. Sie gibt zu, daß den geltend gemachten Bedenken eine Berechtigung bis zu einem gewissen Grade nicht abgesprochen werden kann, und kommt schließlich zu dem Ergebniß, daß der Reichstag, wenn sich auch keine Mehrheit von Stimmen auf den Entwurf vereinigen, unmöglich der Verpflichtung sich entziehen kann, „durch thunlichst klare Stellungnahme zu der in Frage stehenden Materie seinen zeitfälligen Beitrag dazu zu liefern, daß die Gesetzgebung des Reiches mit der Zeit einem Ziele immer näher komme, nach dem hinzustreben im nationalen Interesse dringend geboten ist." Sehr schön gesagt! Nur glauben wir nicht, daß der Beitrag, den die Debatten im Reichstage liefern werden, ein sehr erheblicher sein wird.

— Die „Köln. Volksztg." meldet den Tod des bekannten Missionars P. Schynse. Die Todesursache ist unbekannt. Die letzten Nachrichten liegen aus Bukumbi vom 24. Okt. v. J. vor.

— 6000 socialdemokratische Liederbücher wurden polizeilich beschlagnahmt.

— Die erwartete Novelle zum Strafgesetzbuch soll auch verschärfte Strafen für Verkauf, Vertheilung oder sonstige Verbreitung unzüchtiger Schriften, Abbildungen oder Darstellungen beantragen. Der Erlaß derartiger Vorschriften ist durch einen Antrag Braunschweig's angeregt worden. Auch von anderen Bundesstaaten sind, wie nachträglich bekannt wird, Vorstellungen in dieser Richtung ergangen. Es ist von besonderem Interesse, die Begründung dieser Bestimmungen, welche eine Abänderung des bisherigen § 184 des Strafgesetzbuches betreffen, kennen zu lernen. Da heißt es: „Im Zusammenhang mit der öffentlich auftretenden Prostitution steht die stärkere Verbreitung, welche in neuester Zeit unzüchtige Schriften, Bilder oder sonstige Darstellungen gefunden haben. Derartige Erzeugnisse werden zum Theil in ausschließlich diesem Geschäftszweige gewidmeten Verlagsanstalten und Druckereien hergestellt und im Geheimen an die Abnehmer versandt. Vielfach werden aber auch Prospekte mit unzüchtigen Abbildungen und entsprechendem Inhalt an Privatpersonen geschickt. Auf diese Weise sind solche, wie in einer beträchtlichen Zahl von Fällen bekannt geworden, auch in die Hände von Gymnasiasten und anderen unerwachsenen Personen gelangt. Aehnliche Machwerke werden von Kolporteuren in die Häuser getragen, auf Straßen und öffentlichen Plätzen den Vorübergehenden angeboten. In gewissen Zeitungen fanden sich mehr oder weniger versteckte Aufforderungen zu unsittlichem Verkehr oder Ankündigungen pikanter, d. h. unzüchtiger Lektüre. Die in allen diesen Erscheinungen liegenden Uebelstände für das Volksleben überhaupt und besonders für die sittliche Erziehung der Jugend sind allgemein anerkannt und haben von verschiedenen Seiten aus bereits zu Anregungen wegen Abhilfe geführt. Der Paragraph 184 in seiner gegenwärtigen Gestalt hat sich als unzureichend erwiesen, um diese Mißstände mit Erfolg zu bekämpfen. Nach ihm ist nur das Verkaufen, Vertheilen oder sonstige Verbreiten, das Ausstellen oder Anschlagen an dem Publikum zugänglichen Orten mit Strafen bedroht. Strafrechtlich kann also erst eingeschritten werden, wenn eine Verbreitung bereits erfolgt ist. Dieser Zeitpunkt ist zu spät gewählt, weil in ihm die in dem Erzeugnisse enthaltene Schädlichkeit bereits in das Publikum gedrungen ist und durch eine Beschlagnahme in der Regel nur sehr unvollkommen wieder beseitigt werden kann. Es muß ein Eingreifen schon in einem früheren Zeitpunkt ermöglicht werden, um die Verbreitung hindern zu können. Deshalb erklärt der Entwurf schon denjenigen für strafbar, der Projekte der bezeichneten Art „zur Verbreitung herstellt oder zum Zweck der Verbreitung im Besitz hat." Hierdurch sollen vorzugsweise die oben bezeichneten Fabrikanten und deren Helfer getroffen werden. Daß nicht jedes Herstellen und jedes Imbesitzhaben unter Strafe gestellt ist, sondern nur das dem Zweck der Verbreitung dienende, rechtfertigt sich ohne Weiteres. Ankündigungen und Anpreisungen unzüchtiger Druckschriften u. s. w. waren bisher nur insoweit strafbar, als sie selbst ihrem Inhalt nach als unzüchtig anzusehen waren. Da die letztere Voraussetzung leicht auszuschließen ist, blieben sie in der Regel straflos. Hier will der Entwurf Abhilfe schaffen, indem er denjenigen mit Strafe bedroht, der die bezeichneten Gegenstände „ankündigt oder anpreist." Der Zusammenhang ergibt, daß die im Texte des Paragraphen vorhergehenden Worte „zum Zweck der Verbreitung" auch hierher zu beziehen sind. Es soll also nicht jede Ankündigung oder Anpreisung — namentlich nicht eine im privaten Gespräch gethane — strafbar sein, sondern nur die zum Zweck der Verbreitung erfolgte, also gewissermaßen die geschäftsmäßige. Hierunter werden die in öffentlichen Blättern oder durch Ausrufer oder Kolporteure bewirkten Ankündigungen und Anpreisungen in der Regel fallen." Das mag gewissen Zeitungen und Zeitschriften, deren Inseratentheil von solchen Anzeigen wimmelt, sehr unangenehm sein, im allgemeinen Interesse aber liegt es, wenn diesem Skandal gründlich ein Ende gemacht wird.

München, 25. Jan. Die Herzogin Max ist an der Influenza und Lungenentzündung bedenklich erkrankt.

— Nach der „Augsb. Abendztg." ergibt der Staatshaushalt für 1890/91 erhebliche Ueberschüsse.

Ausland.

Bern, 25. Jan. Laut Botschaft des Bundesraths stünden von Seiten Frankreichs Zugeständnisse in Aussicht, welche auf den Minimaltarif außerhalb des Vertrages gewährt würden. Daher möchte der Bundesrath den Zollkrieg vorläufig vermeiden.

Rom, 25. Jan. Der durch das Erdbeben angerichtete Schaden in den Albaner Bergen ist größer, als anfangs bekannt. Civita-Lavinia ist zerstört. Die Bevölkerung schläft im Freien. In Velletri kehrte sich die Wuth des Pöbels gegen die Leiter der geodynamischen Warte, weil sie das Erdbeben nicht vorausgesagt hatten.

St. Petersburg, 25. Jan. Großfürst Constantin Nicolajewitsch, der Oheim des Czaren, ist vergangene Mitternacht gestorben.

Sofia, 25. Jan. Während der Ministerpräsident Stambulow gestern Nachmittag in Begleitung mehrerer geladener Gäste eine Schlittenfahrt auf das Land unternahm, ging plötzlich ein Revolver los, den er in der Tasche trug. Stambulow erhielt eine leichte Verwundung, welche zu keinerlei Besorgnissen Veranlassung gibt. Nach Ansicht der Aerzte wird er in zwei bis vier Wochen hergestellt sein. Während dieser Zeit wird er wahrscheinlich im Stande sein, die laufenden Geschäfte zu erledigen. Der Unfall rief allgemeine Sympathie hervor. Die diplomatischen Agenten holten persönlich Erkundigungen nach dem Befinden Stambulows ein.

New-York, 25. Jan. Meldungen der „Times" aus Washington deuten an, daß Amerika mit Deutschland, England und Frankreich wegen einer neuen Silberkonferenz in Meinungsaustausch stehe.

Man nimmt hier zuversichtlich an, daß der gegenwärtige Konflikt nicht zu einem Kriege mit Chile führen werde. Den letzten Berichten zufolge hat Chile sich bei der Union entschuldigt. Nach einer Depesche der „Times" aus Santiago hat Chile sich bereit erklärt, die gesammte Streitfrage mit den Vereinigten Staaten einer schiedsgerichtlichen Entscheidung zu unterwerfen.

Deutscher Reichstag.

C.P.C. **Berlin,** 25. Januar.

Der Reichstag hat heute die erste Lesung des Handelsvertrages mit der Schweiz zu Ende geführt. Von größerem Interesse als die sachlichen Auseinandersetzungen über den Vertrag selbst, die sich zum Theil um die bei den anderen Verträgen bereits genugsam erörterten allgemeinen Gesichtspunkte drehten, zum Theil nur die Wiederholung von bereits gestern Gesagtem waren, sind die Annäherungsversuche, welche bei dieser Gelegenheit zwischen Freisinnigen und Nationalliberalen gemacht wurden. Dem entsprechend fanden auch nur diese nicht die übrigen Debatten im Hause eine größere Aufmerksamkeit.

Der elsässische Abg. Winterer erklärte sich gegen den Vertrag, weil er für Elsaß-Lothringen nur geringe Vortheile, dagegen seiner Feinspinnerei verhängnißvolle Nachtheile bringe. Er werde der elsässischen Industrie nicht neue Absatzgebiete schaffen, sondern Absatzgebiete entreißen und bewirken, daß nicht Waaren, sondern Menschen aus Elsaß-Lothringen gingen.

Unterstaatssekretär für Elsaß-Lothringen v. Schraut bezeichnet diese Befürchtungen als übertrieben. Der Zollsatz von 24 Mark für Feingarn sei doch noch so hoch, daß die Feingarnspinnerei, wenn sie sonst rentabel wäre, wohl dabei bestehen könne.

Der Abg. Graf Stolberg erklärte Namens eines Theils der Konservativen, daß sie aus wirthschaftlichen wie politischen Gründen dem Vertrage zustimmen.

Der socialdem. Abg. Schippel verbreitete sich über Industrie- und Agrarzölle im Allgemeinen. Die Agrarzölle würden den Arbeitern schließlich das Brod so vertheuert haben, daß die Industrie doch das Tischtuch zwischen sich und den Agrariern bald zerschneiden müssen. Der Industrie hätten die Zölle nichts genützt. Für das nächste Jahr stellte der Redner eine schwere Krisis in Aussicht, da der Arbeiter bei dem hohen Preisstand und der sinkenden Tendenz der Löhne nicht mehr die nothwendigsten Lebensmittel werde kaufen können. Schließlich erklärte er, seine Partei werde für den Vertrag stimmen, da jetzt nichts Besseres zu erreichen sei, behalte sich aber vor, die weitere Herabsetzung der Zölle zu erstreben.

Abg. Frhr. v. Huene erklärte, daß die Mehrheit des Centrums auch für diesen Vertrag stimmen werde, ein Theil aber wisse noch nicht, wie er sich in der Schlußabstimmung verhalten werde, da man nicht mit Unrecht eine schwere Schädigung der Baumwollenindustrie befürchte. Wenn Herr v. Bennigsen die Gelegenheit benutzt habe, um die Liberalen zu einem Zusammenschluß zur Vertheidigung idealer Güter aufzufordern, so werde er abwarten, ob es Herrn v. Bennigsen gelingen werde, sich mit den weiter links stehenden Elementen über die agrarischen Zölle, für die Bennigsen ja auch Stetigkeit verlangt habe, zu verständigen. („Damit sieht es schlecht aus!" rief der freis. Abg. Dr. Meyer dazwischen.) Er gebe sich der Hoffnung hin, daß die konservativen Elemente sich verständigen würden auf der Grundlage der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen und der noch weit höheren gemeinsamen idealen Interessen.

Abg. Dr. Bamberger (freis.) erkannte die Gemeinsamkeit gewisser idealer Interessen für die liberalen Parteien an. Doch könnten die Freisinnigen auf den Vorschlag, sich deshalb bei dem gegenwärtigen zollpolitischen Status zu beruhigen, nicht eingehen. Das Ziel einer jeden richtigen Parteientwicklung müsse heute, wo die ökonomischen Verhältnisse Alles beherrschten, auch die Herstellung der Einheit in wirthschaftlichen Fragen sein. Den Kampf um die Beseitigung der Zölle auf nothwendige Nahrungsmittel und damit im Zusammenhang um eine Herabminderung der Industriezölle könne seine Partei nicht einstellen. Die Scheidung sei seinerzeit auch nicht wegen Meinungsverschiedenheiten über Schutzzoll und Freihandel, sondern wegen allgemeiner politischer Gründe erfolgt. Indessen glaube er, die Liberalen seien noch immer so sehr Familie, daß sie diese schmutzige Wäsche lieber allein waschen sollten. Die Secessionisten hätten sich getrennt, weil sie vorausgesehen, daß die agrarisch-schutzzöllnerische Politik Bismarck's ihre Spitze gerade gegen die liberalen Anschauungen richten würde. Wenn Bennigsen eine Annäherung wirklich wünsche, dann falle er nicht so von oben her von freihändlerischen „Schulmeinungen" sprechen. Die Nationalliberalen hätten das Zusammengehen der Liberalen erschwert namentlich auch durch die in der Frage der 5jährigen Legislaturperiode angenommene Haltung, ohne die jetzt die Situation im Abgeordnetenhause wohl leichter sein würde. Wünsche Bennigsen, daß die Parteien sich nicht mehr so gegen einander erhitzten und rein sachlich diskutirten, so könne er für die ganze freisinnige Partei dafür einstehen, daß sie die dargebotene Hand nicht zurückweisen werde.

Abg. Fürst Radziwill (Pole) klagte das liberale deutsche Bürgerthum an, seine Stellung im neuen deutschen Reiche nicht richtig benützt zu haben. Wie wenig die Nationalliberalen gerade den wahren Liberalismus pflegten, hätten sie seinen Landsleuten gegenüber noch bei der Etatdebatte im Abgeordnetenhause bewiesen. Die Polen blickten deshalb auf die jetzige Regierung mit mehr Vertrauen, als auf die Liberalen.

Abg. Richter kam ebenfalls auf die gestrigen Bemerkungen Bennigsen's zurück. Die Gegensätze hätten sich erst allmälig erweitert durch Uebertragung auf socialpolitische und allgemein politische Fragen. Insbesondere habe das Heidelberger Programm einen tiefen Grenzgraben zwischen Freisinnigen und Nationalliberalen gezogen. Seit dem Rücktritt Bismarck's, der ein großes Interesse an der Trennung der Liberalen gehabt, sei ein persönliches Moment der Scheidung weggefallen. Aber sachlich seien die Gegensätze

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

vorhanden. Die Handelsverträge könnten die Freisinnigen nicht als Erfüllung des liberalen Programms anerkennen. Auf dem kommunalen Gebiete und dem des Unterrichtswesens gebe es aber viele Fragen, in denen die Liberalen auf einander angewiesen seien. Wenn die gestrigen Bemerkungen Bennigsen's diese Erkenntniß bei den Nationalliberalen im Abgeordnetenhause beleben sollte, so werde seine Rede nicht pro Nihilo gewesen sein. Wenn Bennigsen seine hervorragende Kraft benutzen wolle, um dem liberalen Bürgerthum größeren Einfluß in öffentlichen Dingen zu verschaffen, würden die Freisinnigen gern mit ihm zusammenarbeiten.

Gegen den Vertrag sprachen noch der nat.-lib. elsäss. Abg. Dr. Petri, der sich im Sinne Winterers aussprach, und Freiherr v. Münch, dem die Conzessionen für die gewährte Herabsetzung des Garn- und Käsezolles zu gering waren, und der sich dann weitläufig in strategischen und politischen Betrachtungen erging und schließlich auch auf die indirekten Steuern und ihre Ersetzung durch eine Kapitalrentensteuer zu sprechen kam, und Menzer (kons.), der schwere Schäden für die Baumwoll-, Woll-, Papier- und Lederindustrie, besonders in Baden von dem Vertrage befürchtet.

Für denselben sprach noch der kons. Abg. Dr. Hartmann, der allerdings beklagte, daß der schweizerische Tarif für die sächsische Maschinenstickerei zu ungünstig sei.

In einer persönlichen Bemerkung versicherte Abg. Dr. v. Bennigsen, er habe den Freisinnigen nicht zumuthen wollen, sich bei den Handelsverträgen zu beruhigen, sondern nur sagen wollen, daß die wirthschaftliche Annäherung zu unseren Nachbarländern dazu führen müsse, daß Schutzzöllner und Freihändler sich eine gewisse Beschränkung in der Geltendmachung ihrer Bestrebungen auferlegen werden. Neben den wirthschaftlichen Gegensätzen seien noch andere Meinungsverschiedenheiten zwischen den Liberalen vorhanden gewesen, aber die ganz unnatürliche und künstliche Bedeutung, welche im Laufe der Entwickelung die reinen Zollgegensätze gewonnen hätten, habe er für besonders schädlich gehalten. Wenn Bamberger und Richter ein großes Gebiet gemeinsamen Wirkens anerkennen, so möchten sie überzeugt sein, daß in dem Bemühen, sachlich und in versöhnlichem Ton künftig das Gemeinsame hervorzuheben und die Gegensätze zurücktreten zu lassen, er und seine Freunde sie jederzeit unterstützen würden. Damit war die erste Lesung des Handelsvertrages erledigt. Die zweite Lesung wird am Montag stattfinden, außerdem steht auf der Tagesordnung die erste Lesung des Abkommens mit Italien betr. den Patent-, Muster- und Markenschutz.

Berlin, 25. Jan.

Der Reichstag erledigte die erste Lesung des Uebereinkommens zwischen Italien und dem deutschen Reich über den gegenseitigen Patent-, Marken- und Musterschutz. Bei der zweiten Lesung des Handelsvertrags mit der Schweiz wurde Artikel 1 über die Meistbegünstigung als Grundlage des Vertrags angenommen.

Katholische Volksversammlung in Freiburg.

? **Freiburg,** 24. Januar.

(Fortsetzung.)

Auf das schauerliche Bild, das Herr Wasserburg vom socialdemokratischen Zukunftsstaate entrollte, will Herr Abgeordneter Lieber ein fröhliches Licht aufsetzen. Wenn er die heutige Gesellschaft ansieht, und bis in die jüngsten Tage hinein den Liberalismus seine Gottlosigkeit nackt und flach bekennen hört, dann begreift er ja, wie man zu glauben geneigt ist, es werde schlecht und immer schlechter werden. Aber weit entfernt, ein Pessimist zu sein, ist er ohne sich deßhalb mit dem Vorredner in Widerspruch zu setzen, ein Optimist; auf die Frage: Was zu thun? antwortet er: Es muß Jeder seine Schuldigkeit thun, als ob es von seiner Thätigkeit allein abhänge, zu verhüten, daß es schlechter werde. (Bravo!) Wenn diese Gesellschaft der Rettung noch fähig ist, dann kann sie nur gerettet werden, wenn ihre Mehrheit von diesem Geiste sich beseelen läßt.

Im Vollbewußtsein der Kraft, die im katholischen Glauben und im katholischen Volke besonders unseres deutschen Vaterlandes lebt, darf man sagen: Es ist eine große und schöne Zeit, in der wir leben. Wenn man die Geschichte unserer Vorfahren liest, und auch noch in seiner Jugend die Väter und Großväter gehört hat, so war es ja außerordentlich gemüthlich zu ihrer Zeit, aber es war auch recht faul; und in dieser Beziehung ist es bei uns, Dank der angestrengten Thätigkeit des katholischen Volkes und seiner Führer, erheblich besser geworden. Und diese erhebliche Besserung gibt uns auch noch einige Hoffnung, daß es uns am Ende doch noch gelingen werde, alle Pessimisten und uns selbst, so weit wir Pessimisten sind, Lügen zu strafen.

Daß es besser geworden ist, danken wir aber auch unseren verehrten Feinden und Widersachern. Wenn sie uns nicht geprügelt hätten bis auf's Blut, so wäre es noch nicht halb so gut, wie es heute ist.

Und so stehen wir in der That auch den neuesten Widersachern gegenüber, wenn wir jetzt hinausziehen in Stadt und Land und sagen: Gründen wir und vermehren wir einen Volksverein für das katholische Deutschland, zur Bekämpfung aller Umsturzbestrebungen unserer Zeit. Denn wir müssen offen sein und den Socialdemokraten die Ehre lassen, wenn sie nicht an der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung und ihren Grundlagen so nachdrücklich gerüttelt hätten und rütteln, und wenn sie nicht auf ihrem letzten Parteitag gesagt hätten: Wir gehen hinaus auf das Land und insbesondere auf das katholische Land, wer weiß, ob wir heute diese herrliche Versammlung hätten?

Bevor Redner sich näher einläßt auf die Socialdemokraten und das, was wir an ihnen zu bekämpfen haben, beschäftigt er sich vorher auch etwas mit „unsern intimeren Gegnern aus der Vergangenheit, den Vätern der Socialdemokratie", den Herren Liberalen.

Es gibt noch, setzt er unter gespannter Aufmerksamkeit der Tausende auseinander, da und dort in Deutschland einen weltvergessenen Winkel, in dem diese Herren heute noch glauben, sie könnten ihr Handwerk so treiben, wie von den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts bis in die letzte Zeit. Es scheint fast, als ob diese Leute sich absichtlich mit Scheuledern versehen, um nicht wahrzunehmen, daß die Uhr der Weltgeschichte längst über ihren alten Standpunkt hinaus ist. So mag es denn in solchen Winkeln gar nicht verstanden werden, daß man draußen, insbesondere droben, in den Spitzen des deutschen Reiches eine ganz andere Haltung angenommen hat und annimmt, als sie für richtig halten. Sie sind ganz erstaunt darüber, wenn man auf einmal anfängt, den Katholiken nicht etwa Wohlwollen und Gnadenerweise zukommen zu lassen, nein, nur das schlichteste Recht und die einfachste Gerechtigkeit. Und in der angeborenen Uebertreibung, in der die Leute sich für die einzig nationalen und liberalen, die einzigen Träger des deutschen Gedankens, der deutschen Wissenschaft, der deutschen Macht, Größe, Ehre u. s. w. halten, reden sie auch davon, die Reichsregierung sei dazu übergegangen, sich auf die Katholiken zu stützen. Das verstehen sie ganz und gar nicht, und deßwegen fangen sie auch an, in immer beweglicheren Tönen dem nachzutrauern, der sie dann und wann an die Wand drückte, daß sie quitschten, der dann aber doch immer wieder ihre Geschäfte besorgte. (Große Heiterkeit.)

Bei dieser Gelegenheit, fährt Redner fort, will ich es ganz offen aussprechen: Wir Katholiken verdanken es im Interesse des Thrones und des Vaterlandes dem deutschen Kaiser, daß er Klarheit und Entschlossenheit genug besessen hat, sich von diesem unheilvollen Vormund freizumachen. (Stürmisches Bravo!)

Und selbst, wenn Einer oder der Andere unter uns wäre, welcher die Meinung hegte, der Nachfolger könne es nicht so gut machen, wie er es in der That macht, so darf ich, wie ich fest überzeugt bin, in Ihrer Aller Namen aussprechen: Nachdem er entlassen ist, darf die Krone nicht in die Lage gebracht werden, ihn zurückrufen zu müssen. (Lebhafte Zustimmung.)

Und ich darf die öffentlichen Aeußerungen des Kaisers, die vielfach Staunen erregt haben, weil mißverstanden, doch durchaus nicht als so gefährlich erklären, wie sie dem Uneingeweihten gelten mögen. Wenn er sagt: „Wer mir in den Weg tritt, den zerschmettere ich", oder: „Nur Einer ist Herr im Lande und das bin Ich", oder „Voluntas regis, suprema lex", so muß man immer die Spitze suchen, wohin diese Worte zielen. Und wer einigermaßen aufmerksam auf die wunderbaren Aeußerungen ist, die bisweilen mündlich im Sachsenwalde, sehr häufig gedruckt in den „Hamb. Nachr." laut werden, der wird in jeder solchen auffallenden Aeußerung des Kaisers die unmittelbare Antwort auf eine Bismarck'sche Herausforderung hören. (Allseitiges Bravo!)

In diesem Sinne ist auch unbedenklich, das letztangeführte Wort zu verstehen: Voluntas regis suprema lex, des Königs Wille ist das höchste Gesetz. Wer wie ich diesen König den Eid auf die Verfassung des Landes leisten gehört, der kann gar nicht auf den Gedanken kommen, daß dieses Wort etwas Verfassungsfeindliches bezwecken solle. Im Gegentheil verstehe ich es: Da wo der Wille des Königs nach der Verfassung das einzige Gesetz ist, nämlich in der Entlassung und Anstellung der Minister, da muß er auch das höchste Gesetz für den „Höchsten im Lande" sein, auch für den Herzog von Lauenburg.

„Aber kaum ist der Fürst Bismarck abgetreten, da wird den Katholiken, dem Centrum Zugeständniß auf Zugeständniß gemacht." So sagen die Herren Liberalen, ja so sagen sie. Bis jetzt sind die Zugeständnisse noch nicht allzu gefährlich. Ob wir unsere Jesuiten wieder bekommen, ist mehr als fraglich. Ob das Volksschulgesetz uns bringen wird, was wir wünschen und verlangen müssen, liegt noch sehr im weiten Felde. Aber der bloße Gedanke daran, daß es zu Stande kommen könne, setzt schon heute die Liberalen in Aufregung.

Dank der treuen, aufopferungsvollen Thätigkeit des katholischen Volkes haben wir allerdings schon Manches erreicht, was den Herren gar nicht recht zusagt, und wir hoffen, mit der Zeit auch noch mehr zu erreichen.

Ob aber auch in kleinen liberalen Winkeln unseres Vaterlandes so bald ein anderer Wind weht, wird sich zeigen. Aber wenn die Herren in jenen kleinen Winkeln so fortmachen, wie bis auf den gestrigen Tag in der Kammer einer kleinstaatlichen Hauptstadt!, dann wird das katholische Volk sie bei den nächsten Wahlen in die verdiente Minderheit drücken. (Bravo!)

Und das haben wir dann auch diesen Herren zu verdanken. Sie säen unseren Weizen, wenn sie meinen, uns Unkraut in den Weizen zu säen. Fahren wir nur munter fort und lassen wir die Herren an ihrem eigenen Grabe nur munter fortgraben. Nicht den Muth verlieren, nur aushalten. Es wird schon anders werden. Wer hätte vor nicht langer Zeit geglaubt, daß es möglich würde, zu erreichen, was in Baden heute schon erreicht ist? Wer hätte an solche Wahlsiege des katholischen Volkes in Baden zu glauben gewagt? Daß sie möglich gewesen sind, giebt die Hoffnung, daß noch ein Mehreres möglich sein wird, und daß dann auch hier und anderwärts das Licht, das in Berlin schon brennt, angesteckt werden wird.

Ja, das Licht ist in Berlin schon angesteckt. „Es muß", so sagt der preußische Ministerpräsident und deutsche Reichskanzler Graf Caprivi, „es muß der kath. Bevölkerung Gerechtigkeit werden." (Bravo!)

M. H.! Wenn das der Kanzler des deutschen Reiches vor dem versammelten Kriegsvolke sagt, dann wird es wohl bald jeder kleinstaatliche Ministerpräsident nachpfeifen müssen. (Stürmischer, enthusiastischer Beifall). Die Zeiten, wo man in kleineren Staaten Muster-Experimente machte, sind unwiederbringlich dahin. Der einzige Musterstaat in Deutschland ist das deutsche Reich. (Lebhaftes Bravo.) Und man wird sich auch vor wie nach ein Muster daran nehmen.

Inzwischen kämpfen wir wacker weiter. Ich sage: Wacker! (Ungemeine Heiterkeit.) Ja, was so ein muthiger Mann vermag, das haben wir wiederholt erfahren und das erfahren Sie auch, insbesondere da, wo sich mit hohem Muth ebenso hohe Besonnenheit vereinigt.

Von den Liberalen, die eigentlich ein Bischen antiquirt oder veraltet zu werden anfangen, kommt Redner auf die moderne, auf die neueste Erscheinung auf demselben Gebiete: Fleisch von einem Fleisch, Bein von einem Bein, Vater und Sohn sind Liberalismus und Socialismus. (Sehr richtig!) Wenn man nun den Vater betrachtet und sich daneben den jungen, aufstrebenden Sohn und will ein ehrlicher Mann bleiben, so muß man sagen: Wenn schon, dann Socialdemokrat, da ist doch Folgerichtigkeit und in einem weit höheren Grade Aufrichtigkeit. (Sehr wahr!)

Ich wende mich heute dem Socialismus als unserem neuesten und ungleich gefährlicheren Gegner zu. Herr Wasserburg hat uns den „Genossen" in der socialdemokratischen Zukunfts-Gesellschaft geschildert. Warum rufen wir denn, wenn die Sache so abschreckend ist, nun unser katholisches Volk zu den Waffen?

Man sollte denken, auf den Zopf beiße doch Niemand an, der noch fünf gesunde Sinne hat. Ja, wenn es die Socialdemokraten so deutlich machten, wie es heute Herr Wasserburg gethan, dann wäre weiter Nichts nöthig, aber sie machen es nicht so deutlich, wenigstens nicht in kurzer Zeit, im engen Raume eines einzigen Bildes, man muß sich Alles aus ihren Schriften und Reden zusammensuchen, um das Bild zu bekommen, das der Wirklichkeit entspricht. Da bekommt man häufig die Antwort: Das sei Alles nicht so. Im Gegentheil, die Socialdemokratie meine es ganz anders; und dieser Einwand ist gewiß im Munde derjenigen, die ihn machen, ein ganz aufrichtiger. Sehr viele haben sich bei den hinter uns liegenden Reichstagswahlen zu der socialdemokratischen Partei bekannt, ohne daß sie eine Ahnung davon hatten, was die Socialdemokratie wirklich ist. Sie haben damit nur ihrer allgemeinen und besonderen Unzufriedenheit über ihre schlechte Lage Ausdruck geben wollen, weil diese Partei am weitesten in der Opposition geht.

Eingeweihte Socialdemokraten machen so unverblümte Enthüllungen über das, was die Socialdemokratie in Wirklichkeit ist, und was sie in Wahrheit will, daß wir es außerordentlich leicht haben, selbst die Irrenden ihrer eigenen Partei zu belehren, mindestens aber uns Klarheit darüber zu verschaffen, um was es sich handelt.

Die Socialdemokratie ist die Todfeindin jeder Religion, Todfeindin jeder persönlichen Freiheit. Ja, sie muß die Person als solche vernichten, wenn sie folgerichtig ist. Die Religion ist ja Privatsache, sagt die Socialdemokratie, wir sind alle „freie Genossen", bauen auf der breitesten demokratischen Grundlage. So sagen sie. Die Socialdemokratie muß Feindin jeder Religion sein, schon ihrer Grundsätze wegen. Sie ruht auf ganz religionsfeindlicher Grundlage, auf der materialistischen und atheistischen Weltanschauung; sie sagt wie ihre Väter, die deutschen Philosophen Hegel und Feuerbach: Es gibt keinen persönlichen Gott, es gibt keine unsterbliche Seele, die ganze belebte Welt ist in ununterbrochener Entwickelung aus dem Urschleim oder aus der Urzelle entstanden. An ihrer Spitze steht heute der gegenwärtige Mensch. Alle Thätigkeit des Menschen ist Erzeugniß der Wirksamkeit physischer und chemischer Kräfte. Auch das Denken ist ein chemischer Prozeß, mit dem Tode ist alles aus. Ewige Wahrheit, ewige Grundsätze des Rechtes und der Sittlichkeit gibt es nicht. Natürlich, woher auch, wenn kein ewiger persönlicher Gott ist? Alles befindet sich im Fluß; die Ideen, welche die Menschheit beherrschen, sind nur Erzeugniß der Umstände, in denen sie zu Tage treten.

Das ist nicht die Lehre der Socialdemokratie allein, das war vorher schon die Lehre des Liberalismus und ist es bis heute. Aber wenn der Liberalismus sie nur gelten lassen will für die sogenannten Gebildeten, so sagt die Socialdemokratie das rund heraus Jedem, der sie nur hören will. Es ist bereits soweit gekommen, daß es mir mitten in katholischen Bevölkerungen, in Versammlungen, wie die heutige, schon begegnet ist, bei Anführung des Satzes: An Gott zu glauben ist Unsinn — den Zuruf vernehmen zu müssen: „Sehr richtig". Und in Berlin darf ein socialdemokratischer Redner sich nicht einmal mehr vergessen herkömmlicher Weise ohne etwas dabei zu denken, Gott sei Dank! zu sagen. (Lebhafte Bewegung.)

Wie die Socialdemokratie über die Ehe denkt, hat Ihnen Herr Wasserburg schon geschildert. Die Socialdemokratie verwirft das Privateigenthum grundsätzlich, sie sagt zwar nur das Eigenthum an „Gütererzeugungsmitteln", verwirft aber damit das Privateigenthum grundsätzlich. In den 10 Geboten ist sogar das Begehren des Ackers, des Ochsen, des Esels, also der „Gütererzeugungsmittel" des Nächsten verboten; und die 10 Gebote sind nicht etwa aufgehoben, sondern so geheiligt von der christlichen Religion, daß sie dem Kinde unter den Anfangsgründen derselben beigebracht werden müssen. So könnte man alles, worauf unsere heutige Ordnung steht, durchgehen, um sich zu überzeugen, daß die Socialdemokratie in allen wesentlichen Punkten religionsfeindlich ist, aber auch so in ihren Zielen. (Schluß folgt.)

Baden.

Karlsruhe, 25. Jan. Heute Vormittag nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Geh. Raths Freiherrn v. Ungern-Sternberg entgegen, hörte dann den Vortrag des Staatsministers Dr. Turban und empfing den Staatsrath Eisenlohr. Darnach meldete sich der Premierlieutenant Baumwarth vom 8. Rheinischen Infanterie-Regiment Nr. 70. Nachmittags empfing Seine Königliche Hoheit noch den Geheimerath Dr. Nokk und den Finanzminister Dr. Ellstätter. Um 7 Uhr reisten Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin zur Feier des Geburtsfestes Seiner Majestät des Kaisers nach Berlin. Die Höchsten Herrschaften sind begleitet von der Hofdame Freiin v. Schönau, dem Hofmarschall Grafen Andlaw, dem Flügeladjutanten Oberstlieutenant Müller, dem Legationsrath Dr. Freiherrn v. Babo und dem Kabinetssekretär v. Chelius. Seine Königliche Hoheit der Großherzog beabsichtigt, am Samstag den 30. Januar hier wieder einzutreffen.

* **Karlsruhe,** 25. Jan. Die römische Inquisition hat ein Dekret erlassen, mittelst dessen für die Gläubigen der von der Influenza heimgesuchten Gegenden die Dispens vom Fasten- und Abstinenzgebote ertheilt wird. Dasselbe lautet: „An alle Erzbischöfe, Bischöfe und Ordinarien des gesammten katholischen Erdkreises! Die Beschaffenheit und Art der Krankheit, welche gegenwärtig nicht nur Europa, sondern auch andere Gegenden des Erdkreises in ausgedehntem Maße heimgesucht hat,

Im Sturme geläutert.

19) Von Philipp Laicus.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Wenn Sie jetzt noch da bleiben wollen, Armand," bemerkte der Norweger, „so mögen Sie es thun. Ich meinestheils habe genug vom Klub der Kordeliers gesehen."

„Wie Sie wollen, Gustav," erwiderte der Andere, welcher bei dieser Bemerkung seines Freundes hoch aufathmete.

Beide drängten sich der Thüre zu.

„Ich gestehe," bemerkte Armand, als sie auf den Gang traten, „es ist heute ein unglücklicher Abend für die Revolution."

„Zuerst die Nase, die mit ihrer natürlichen Anschwellung nicht zufrieden war . . ."

„Ich bitte Sie, lassen wir das!"

„Bei unserer Freundschaft, das muß heraus. Sie schwoll geistig bis zu einem Attentat aller Tyrannen Europas auf den Redakteur eines einfältigen Winkelblattes, von dem jenseits der Pariser Barriere kein Mensch etwas weiß."

Armand antwortete nicht. Erst nachdem sie das ehemalige Kloster verlassen hatten und langsam über den Vendomeplatz schritten, nahm Armand das Gespräch wieder auf.

„Sie müssen bedenken, daß bei den Kordeliers die radikalsten Elemente vertreten sind. Das schlägt über die Stränge und thut nicht selten einen Schritt, in Folge dessen der Begeisterte sich noch im Bereiche des Erhabenen zu bewegen glaubt, während der nüchterne Zuschauer ihn bereits auf dem Gebiete des Lächerlichen erblickt."

„Es ist ein Gesetz der Revolution, daß die radikalsten Elemente den Sieg erringen . . ."

„Um dann gestürzt zu werden," fiel Armand rasch ein.

„Sehr wahr," bestätigte Svenson. „Auf die Dauer erträgt die Welt keinen Hexensabbath, und wenn sie selbst zu ohnmächtig ist, dann schneiden die Radikalen sich gegenseitig so lange die Hälse ab, bis nur noch ein Kopf ohne Glieder da ist; dann aber verlassen Sie sich darauf, ist die Reaktion oben."

„Verlassen Sie sich darauf, der Klub der Jakobiner wird Sorge tragen, daß die Bäume der Kordeliers nicht in den Himmel wachsen."

„Die Jakobiner haben die Kordeliers gegründet, hat man mir gesagt."

„Allerdings, um ihre radikalsten Elemente los zu werden."

„Sie irren, Armand! Sie wollen eine Tribüne, von welcher Sie die subversivsten Gedanken unter das Volk werfen, und wenn es ihnen passend erscheint, wollen sie dieselben verleugnen können."

„Gustav!" sagte Armand stehen bleibend. „Sie wissen, daß ich zu den Jakobinern gehöre."

„Sie wissen, Armand, daß wir übereingekommen sind, unsere Ansichten nicht hintanzuhalten. Was ich von den Jakobinern sage, das will ich nicht auf Ihre Person bezogen wissen."

„Sie haben Recht; ich war zu hitzig. Lassen wir das ruhen."

Der Norweger nickte schweigend, und sie gingen weiter.

„Das alles gehört übrigens nicht hierher. So wenig Sie zugeben, daß die Greuelthaten der Jesuiten einen Schatten auf den Katholicismus werfen, so wenig kann ich zugeben, daß die Lächerlichkeiten im Klub des Kordeliers einen Schatten auf die große Bewegung werfen, welche Frankreich ergriffen hat, und welche über seine Grenzpfähle hinaus, durch ganz Europa dahinbrausen wird."

„Gemach mein Freund," bemerkte der Norweger lächelnd, „da sind wir in der Rue neuve des petits Champs und unsere Wege trennen sich. Ich möchte an ihrem letzten Satz einiges unterscheiden."

„Nun?" fragte Armand.

„Sie sprachen da von Greuelthaten der Jesuiten."

„Sie haben ja gestern zugegeben, daß ihr Einfluß auf die Entwicklung der Menschheit ein gefährlicher geworden sei."

„Nie," antwortete Gustav entschieden. „Sie haben das behauptet, und ich habe dem entgegengesetzt, daß das, um den Werth des Katholicismus zu beurtheilen, nicht von Belang sei. Ich hab's nicht widersprochen, weil diese Frage nicht auf der Tagesordnung stand; aber wir wollen sie nächstens darauf setzen. Ich bin neugierig, wie die Behauptung aus Ihrem ehrlichen Munde kommt, daß die Keuschheit einer Pompadour und die Gradheit eines Choiseul an der laxen Moral und den krummen Wegen der Jesuiten Anstoß nehmen. Adieu Armand! Also bis morgen!"

„Auf Wiedersehen!"

Die beiden Freunde trennten sich und kamen bald im Dunkel der Nacht einander aus den Augen.

VI.

Die Audienz.

Es war noch sehr früh am Tage, das heißt zwischen sieben und acht Uhr, eine Zeit, in welcher Paris namentlich im Winter schläft. Das Wetter war während der Nacht umgeschlagen; die Wolken hingen tief, und es war ein leichter Schnee gefallen, der immer noch in dünnen Flocken herabrieselte. Nur einige Arbeiter suchten ihre Werkstätten auf, und die Trägerinnen mit dem Frühstücksgebäck huschten fröstelnd von Haus zu Haus.

Im ersten Stock eines schmalen Hauses der Rue neuve des Petits champs schimmerte bereits Licht hinter den Fensterläden hervor, und Gustav Svenson, der die Hände in den Taschen seines Redingotes tief vergraben, festen Schrittes daherkam, murmelte: „Wahrhaftig, er hat Licht!"

Damit trat er an die Thüre, setzte den Klopfer in Bewegung, und als ihm zwei Minuten darauf die erstaunte und noch etwas schlaftrunkene Frau des Concierge die Thür öffnete, eilte er beschwingten Schrittes an ihr vorbei und stürmte die Treppe hinauf.

Auf den Korridoren war noch Alles dunkel, aber Svenson war hier bekannt; auch im Dunkeln fand er die Thüre, durch welche er eintreten wollte. Er kam in ein großes, nach dem Hofe liegendes Zimmer, in welchem er beim ersten Schritt, den er that, einen Stuhl umwarf; denn die Läden waren geschlossen, und der Raum pechfinster. Ein ärgerlicher Ausruf in germanischem Idiom entfuhr seinem Munde; gleichzeitig hörte man, wie im Nebenzimmer Jemand in die Höhe sprang; im nächsten Augenblicke erschien Armand Brasier auf der Schwelle des Zimmers, eine Lampe in der Hand und rief in barschem Tone, wer da sei. „Ah, Sie sind's!" fuhr er freundlich fort, als er Gustav Svenson bemerkte. „Was in aller Welt führt Sie zu dieser ungewöhnlich frühen Stunde hierher? Wenn ich an Sie gedacht hätte, so würde ich Sie mir als noch längst in den Federn liegend gedacht haben."

„Ich habe heute wichtige Geschäfte," bemerkte der Norweger.

Der Advokat lachte laut.

„Kommen Sie herein, Freund, setzen Sie sich an den behaglichen Kamin und nehmen Sie eine Tasse Mocca mit mir. Gestatten Sie mir, daß ich meinen angefangenen Gedanken noch fertig zu Papier bringe, dann stehe ich Ihnen für Ihre wichtigen Geschäfte zu Diensten."

„Arbeiten Sie weiter; ich komme her, um zu frühstücken und Ihnen während des Frühstücks die Eindrücke mitzutheilen, welche die gestrige Versammlung auf mich gemacht hat; dann wird mein Stern mich weiter führen: hoffentlich mein guter Stern."

„Das klingt tragisch! Was haben Sie vor?"

„Ich will nach meinem jungen Schützling sehen."

„Ist das Alles?"

„Arbeiten Sie weiter; ich möchte Sie nicht stören."

„Sie gestatten!"

Der Advokat kehrte sich zu seinen Schriften, welche auf der Tafel eines großen Schreibtisches ausgebreitet lagen. Vor ihm lag ein Haufen Blätter in der Größe eines halben Bogens, von denen das oberste zur Hälfte beschrieben war. Er fuhr fort auf der angefangenen Seite weiter zu schreiben; seine Feder flog schnell und immer schneller über das Papier, er legte das Blatt zu einigen bereits beschriebenen Blättern und fing ein neues an; er schien seinen Freund ganz vergessen zu haben.

Endlich machte er einen dicken Strich, schob seinen Sessel zurück und that einen tiefen Seufzer, der ihn sichtlich erleichterte.

(Fortsetzung folgt.)

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

hat auch die Sorgsamkeit der apostolischen Macht und Güte auf sich gelenkt. Der hl. Vater und Herr, Leo XIII., bewegt von diesem immer mehr um sich greifenden Uebel, hat es, angetrieben von dem Bestreben, nicht nur auf die Bedürfnisse der Seelen, sondern auch derjenigen des Leibes zum Besten der Gläubigen bedacht zu sein, für seine Pflicht gehalten, denselben jene Schutzmittel zu gewähren, die in seiner Gewalt liegen, und welche als geeignet angesehen werden, Körper und Leben vor den Gefahren der herrschenden Krankheit unversehrt zu bewahren. Er verleiht daher kraft seiner apostolischen Autorität im Wege der heiligen Inquisition allen Erzbischöfen, Bischöfen und Ordinarien des katholischen Erdkreises, in allen Gegenden, wo die erwähnte Krankheit sich bemerkbar gemacht hat, daß sie ihre Gläubigen in so lange von dem Gebote der Abstinenz und des Fastens entbinden, als dort nach ihrem eigenen Urtheil Grund und Bedingung zur Aufrechterhaltung dieser apostolischen Nachsicht vorhanden sind. Se. Heiligkeit wünscht aber, daß die Gläubigen, während sie von dieser apostolischen Güte Gebrauch machen, um so eifriger im Wege frommer Werke dahin streben, sich die göttliche Gnade zu verdienen. Er ermahnt sie daher, durch hilfreiche Liebesgaben für die Armen, durch Gebet, Feier des heiligen Meßopfers und häufigen Empfang der heiligen Sakramente eifrigst beizutragen zur Versöhnung Gottes, denn es ist zweifellos, daß die zahlreichen Uebel, von welchen wir heimgesucht werden, auf die göttliche Gerechtigkeit zurückzuführen sind, die wegen der verderbenen Sitten und des weite Gebiete überfluthenden Stromes schändlicher Thaten von den Menschen gerechte Strafen fordert. Rom, den 14. Januar 1892. R. Card. Monaco."

* **Karlsruhe,** 26. Jan. Die philosophische Fakultät der Universität Freiburg ernannte den Vorstand der badischen Fabrikinspektoren, Oberregierungsrath F. Börishoffer, in Anbetracht der Förderung der Socialwissenschaften durch seine ausgezeichneten Arbeiten zum Doctor honoris causa.

☼ **Aus Baden,** 23. Jan. Bei der Durchsicht des den Kammern vorgelegten Volksschulgesetzentwurfes sind wir auf einen Passus gestoßen, der eine Besprechung in der unabhängigen Presse wohl verdienen dürfte. Der § 40 des fraglichen Entwurfes enthält nämlich die Bestimmung, daß, solange einem Hauptlehrer der Genuß freier Wohnung nicht gewährt werde, derselbe eine Miethzinsentschädigung erhalte, welche — wenn eine Vereinbarung über die Höhe derselben nicht zu Stande komme — durch den Bezirksrath unter Berücksichtigung der ortsüblichen Miethpreise festgestellt wird, jedoch nicht weniger betragen soll, als das im Beamtengesetz für die betreffende Ortsklasse bestimmte Wohnungsgeld der V. Dienstklasse. Wir bemerken hierzu, daß nach § 42 des Entwurfes die Dienstwohnung mindestens vier Wohnräume — davon zwei von je 20 bis 25 Quadratmeter Grundfläche und heizbar, die übrigen von je 15 bis 18 Quadratmeter Grundfläche —, ferner eine Küche und die sonst noch erforderlichen Haushaltungsräume umfassen müssen. Um von vornherein jeglichen Mißdeutungen unserer Korrespondenz, namentlich seitens des „großen Reformators an der Bergstraße", die Spitze abzubrechen, möchten wir ausdrücklich bemerken, daß wir diese Bestimmungen für durchaus gerechte und billigen Anforderungen entsprechende halten, also durchaus nicht etwa wünschten, daß hier eine Herabminderung irgend welcher Art durch die Kammer erfolge. Nachdem aber in dem angezogenen Schriftstücke des öfteren auf das Beamtengesetz Bezug genommen ist, ja die endgiltig angestellten Lehrer in § 31 überhaupt als Beamte erklärt werden, so haben wir uns daraufhin doch das Beamtengesetz, speciell die Kategorien der V. Dienstklasse, näher angesehen und dabei die Entdeckung gemacht, daß dasselben z. B. in der ersten Ortsklasse durchweg ein Wohnungsgeld von 115 Mark angewiesen ist, welche Summe allerdings nach dem von der Regierung neuerdings vorgelegten Gesetzentwurf auf 155 Mark erhöht werden soll. Da wir nun doch ohne Weiteres annehmen zu dürfen glauben, daß die Großh. Regierung ihren Beamten bezüglich der Qualität der Wohnung dieselben Rechte einräumen wird, wie solche in Zukunft die Volksschullehrer auf Grund des Gesetzes beanspruchen dürfen, so möchten wir doch auf den gewaltigen Unterschied aufmerksam machen, der in dieser Hinsicht zu Tage tritt. Für eine Wohnung von der in § 42 des Volksschulgesetzentwurfes bezeichneten Größe muß der Beamte in Städten erster Klasse — und dazu gehören bekanntlich die meisten unseres Landes —, wie in verschiedenen bereits dem letzten Landtag vorgelegten Petitionen niedergelegt ist, nachweislich mindestens 300 Mark, in einer Reihe von Städten sogar 400, ja 500 Mark Miethzins bezahlen; dafür bekommt er, wie schon bemerkt, ganze 115 Mark Vergütung, muß demnach 200—400 Mark zur Deckung der Differenz aus seiner Tasche zulegen! Kann man überhaupt unter solchen Umständen eine derartige Summe noch „Mieth-Entschädigung" nennen, die kaum irgendwo ausreichen dürfte, um auch nur den dritten Theil der erwachsenen Auslagen zu decken? Wäre es nicht ein Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit, wenn auch das Wohnungsgeld der Beamten „nach den ortsüblichen Miethpreisen" bemessen würde? Die Einreihung der verschiedenen Städte unseres Landes, namentlich in die zweite und dritte Ortsklasse, muß, wenn man dabei die Wohnungs- und Lebensmittelpreise zu Grunde legt, für Jeden in diese Verhältnisse auch nur einigermaßen Eingeweihten als eine durchaus willkürliche und deshalb ungerechte erscheinen. Möge doch der Landtag diese schreiende Unbilligkeit baldmöglichst aus der Welt schaffen.

(**Bhaibstadt,** 24. Jan. Heute Nachmittag fand hier im großen Saale des „Hotel Lang" eine stark besuchte Versammlung von Landwirthen von hier und der Umgegend statt, zum Zweck der Gründung eines Bauernvereins. Zwei Mitglieder des Vorstandes des Bauernvereins, Herr Landtagsabgeordneter Pfarrer Gerber und Herr Morgenthaler von Fautenbach, waren hierhergekommen und hielten in dem schön geschmückten Saale ihre Vorträge über das Wesen, die Ziele und die bisherigen Leistungen des Bauernvereins mit solchem Erfolg, daß schon vor Schluß der Versammlung 103 Namen auf der Vereinsliste zum Eintritt unterzeichnet waren. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß diese Zahl in der nächsten Zeit sich verdoppeln oder vervielfachen wird, denn was wir da über den Bauernverein hörten, das fand allgemeinen Beifall.

□ **Vom badischen Oberland,** 24. Jan. Es gibt eine ganz protestantische Gemeinde am Kaiserstuhl, in welcher seit Oktober v. J. bis heute nicht weniger als 5 theils Morde, theils Selbstmorde, theils Selbstmordversuche vorgekommen sind. Diese Zahl, die für eine Landgemeinde von ca. 2500 Seelen im Zwischenraume von 3 Monaten eine sehr hohe ist, wirft ein bedenkliches Licht auf die religiös-sittlichen Verhältnisse dieses Rebortes. Wir würden gerne diese traurige Thatsache mit Stillschweigen übergehen, wenn nicht der Seelsorger dieser Gemeinde in der ganzen Umgegend als ein sehr eifriges Agitationsmitglied des evangelischen Bundes bekannt wäre. Schon wiederholt hat dieser evangelische Geistliche in Freiburg wie Heidelberg Reden gegen die katholische Kirche gehalten und auch im vorigen Jahre mit großem Eifer eine Petition gegen die Zulassung der Jesuiten im Deutschen Reiche unterzeichnen lassen. Wir sind nun der unmaßgeblichen Ansicht, wenn in einer Gemeinde der Unglaube so überhand nimmt, daß so zahlreiche Selbstmorde innerhalb kurzer Zeit vorkommen, dann sollte der Geistliche gewiß Besseres zu thun wissen, als daß er bald da bald dort Reden gegen die katholische Kirche losläßt. Wer in einem Glashause sitzt, soll Andere in Ruhe lassen!

* **Freiburg,** 26. Jan. Geh. Rath Professor von Holst hat den Ruf an die neue Universität Chicago angenommen. Die Uebersiedelung wird um die Osterzeit erfolgen.

Konstanz, 25. Jan. Heute ist folgendes Schriftstück, von sämmtlichen Geistlichen des Landkapitels Konstanz unterzeichnet, an Herrn Pfarrer und Landtagsabgeordneten Wacker nach Karlsruhe abgegangen: „Wir unterzeichnete Priester des Landkapitels Konstanz: Von jeher gewohnt, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist, protestiren mit aller Kraft und Entschiedenheit gegen die vom Herrn Abgeordneten Fieser in der Budgetkommission gemachte Unterscheidung des badischen Klerus in einen staatsfreundlichen und staatsfeindlichen. Wir begrüßen es mit freudigem Stolze, in der Person des verehrten Herrn Abgeordneten und Pfarrer Wacker einen ebenso tüchtigen, als unerschrockenen Vertheidiger unserer priesterlichen und bürgerlichen Ehre gefunden zu haben. Konstanz, den 20. Januar 1892." (Folgen sämmtliche Unterschriften.)

Badischer Landtag.

ℂ **Karlsruhe,** 25. Januar.

17. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Lamey eröffnet 11¼ Uhr die Sitzung.

Haus und Tribünen gut besetzt.

Am Ministertisch: Staatsrath Eisenlohr und Regierungskommissäre.

Erster Punkt der Tagesordnung: Beantwortung der Interpellation des Abg. Freiherrn v. Buol und Genossen die Sonntagsruhe betreffend.

Die von dem Abg. von Buol und Genossen an die Großh. Regierung gerichtete Interpellation, die Sonntagsruhe betr., lautet:

„Was gedenkt die Großh. Regierung zu thun hinsichtlich der im Reichsgesetz vom 1. Juni d. J., die Abänderung der Gewerbeordnung betr., den Staatsverwaltungen überwiesenen bezw. überlassenen Maaßnahmen in Bezug auf die Sonntagsruhe? Wird insbesondere beabsichtigt, den im Eisenbahndienste beschäftigten Beamten und Arbeitern eine ausreichendere Sonntagsruhe zu gewähren, als dies bisher der Fall war?"

Zur Begründung dieser Anfrage führt Abg. Freiherr von Buol aus, daß sich seit Jahren in der öffentlichen Meinung ein Umschwung in der Richtung vollzogen habe, daß dem 3. Gebot Gottes, der Sonntagsheiligung ein größeres Gewicht beigelegt werden müsse, als dies geraume Zeit hindurch geschehen sei, und zwar nicht bloß in rein religiöser Hinsicht, sondern auch bezüglich der Erholung von der Arbeit, der Erfrischung, geistigen Sammlung und Pflege des Familienlebens. Seit Jahren werde deßhalb auch eine diesbezügliche Aenderung in der Gesetzgebung angestrebt. Diese beruhe lediglich auf § 105, Abs. 2 der Gewerbeordnung. Derselbe betrifft die civilrechtliche Unwirksamkeit der zur Sonntagsarbeit verpflichtenden Verträge, sowie auf den sehr verschiedenen Landesgesetzgebungen, welche nicht diese Interessen, sondern mehr die Heilighaltung des Sonntags, den Schutz des Gottesdienstes gegen Störung bezwecken, also weniger die Enthaltung von Arbeit überhaupt als die Enthaltung geräuschvoller Arbeit betreffen.

Der kräftigen Initiative des gegenwärtigen Kaisers auf nationalem wie auf internationalem Boden sei es zu danken, daß diese Frage seit 1. Juni d. J. eine reichsgesetzliche Regelung gefunden habe, nach welcher (gemäß § 105a) „bei Strafvermeiden Gewerbetreibende ihre Arbeiter nicht verpflichten dürfen, an Sonn- und Festtagen zu arbeiten."

Eine Kritik dieses Reichsgesetzes sei hier nicht am Platze. Er wisse wohl, daß dasselbe nicht allseitig befriedigt habe, daß es manche Enttäuschung gebracht habe; auch er gebe zu, daß das Reichsgesetz noch kein Ideal sei, allein er freue sich, und mit ihm gewiß das ganze hohe Haus, daß wenigstens ein Anfang gemacht und so doch etwas erreicht worden sei. Im Allgemeinen sei man in dieser Frage der Ansicht, daß mehr noch als durch Gesetz, durch gute Sitte und gutes Beispiel, insbesondere dasjenige des Reiches, des Staates und der Gemeinde erlangt werden könne. Gerade auf dieser Erwägung beruhe die Interpellation an sich und die Wahl des Zeitpunktes. Bis jetzt sei das Reichsgesetz noch nicht in Kraft getreten; seine Wirksamkeit sei von einer kaiserlichen Verordnung abhängig gemacht, damit die umfassenden Vollzugsvorschriften vorbereitet, das Landrecht mit dem Reichsrecht in Einklang gebracht und auch auf den vom neuen Recht nicht berührten Gebieten im Wesentlichen Uebereinstimmung mit diesem geschaffen werden kann. Da scheint mir das richtige Interesse der Volksvertretung darin zu liegen, daß nicht abgewartet und etwa nachträglich erst Wünsche und Beanstandungen geltend gemacht werden, sondern darin, daß schon jetzt Stellung genommen wird, da das Gesetz stündlich in Kraft treten kann und zwar ohne Rücksicht auf Einzelwünsche, ja sogar gegen solche, lediglich aus höherer Rücksicht.

Die vorliegende Interpellation unterscheide nun zwischen dem, was der Staatsverwaltung a) überwiesen, d. h. aufgegeben und b) überlassen, d. h. anheimgegeben werde. Zu ersteren gehören 1. die von der höheren Verwaltungsbehörde zu bestimmenden Ausnahmen für Gewerbe, deren Ausübung zur Befriedigung täglicher oder an Sonntagen besonders hervortretender Bedürfnisse nothwendig ist, wie Eiswerke, Gaswerke, Fleischer, Bäcker, Mineralwasseranstalten, Cigarren, Blumengewächse, sowie die von der Centralbehörde zu bestimmenden Ausnahmen für Festtage, die nicht auf Sonntage fallen außer Christi Himmelfahrt, Weihnachten, Neujahr und 2. statutarische Bestimmungen für die Gemeinden oder Verbände, welche von der höheren Verwaltungsbehörde wieder außer Kraft gesetzt werden können. Bezüglich des Handelsgewerbes habe die Regierung auch Einfluß auf die Auswahl und Festsetzung der Stunden, an denen Sonntags gearbeitet werden dürfe. Ueberlassen ist der gesetzlichen Regelung der Einzelstaaten:

1. die Sonntagsruhe aller Arbeiter, die nicht unter Titel VII der Gewerbeordnung fallen;

2. die zwar an sich unter Titel VII fallenden aber nicht in einem der in § 105b verzeichneten Betriebsarbeiter;

3. die Regelung der Frage von anderen als wirthschaftlichen und socialpolitischen z. B. religiösen, kirchlichen Gesichtspunkten, hierin können die bestehenden und künftigen landesgesetzlichen Maßnahmen weitergehen, als das Reichsgesetz, da Kultusgesetzgebung nicht Sache des Reiches ist. Wenn auch Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit möglichste Uebereinstimmung wünschenswerth machen, so bleiben doch auch der Landesverwaltung große Aufgaben, denn es wird sich in Folge des Reichsgesetzes bald auch in anderen Gewerben das Bedürfniß geltend machen, die kaiserliche Verordnung ausdehnen, wo Praxis und Rechtsprechung Lücken zu Tage fördern.

Bezüglich der Verkehrsgewerbe im Allgemeinen und speciell der Eisenbahnen, habe der Reichstag einstimmig die Resolution gefaßt:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, behufs Förderung der Gewährung ausreichender Sonntagsruhe beim Eisenbahndienste seine Vermittelung bei den verbündeten Regierungen eintreten zu lassen; hauptsächlich auch auf Beschränkung des Güterverkehrs an Sonntagen hinzuwirken."

In der Kommissionsberathung wurde allseitig auch von Regierungsvertretern betont, daß gerade im Verkehrswesen vielfache Mißstände vorhanden und Abhilfe am nöthigsten sei und daß Reich, Staat und Gemeinde in ihren Verkehrsbetrieben 20 Stunden Erholung pro Woche und zwar windestens jeden 3. Sonntag gewähren sollten.

Allein es stunden der gesetzlichen Regelung praktische Schwierigkeiten entgegen. Deßhalb obige Resolution, weil eine umfänglichere Sonntagsruhe für die Arbeiter und Beamten im Eisenbahndienste dringend nöthig erachtet ward, insbesondere sollten die Viehtransporte an Sonntagen eingestellt und der Güterverkehr beschränkt werden.

In der Schweiz verbiete ein Gesetz vom 27. Juni 1890 allen Transportanstalten den Güterdienst an Sonntagen mit Ausnahme der Eilfracht; auch beabsichtige die Schweiz eine internationale Vereinigung anzuregen. Redner schließt deßhalb mit dem Wunsch, soweit immer thunlich, eine weitgehende Sonntagsruhe besonders in den sog. öffentlichen Betrieben eintreten zu lassen, so daß mit Einführung des Reichsgesetzes alle berechtigten Klagen verstummen und der hohe Zweck, der damit angestrebt wird, möglichst vollkommen erreicht werde.

Staatsrath Eisenlohr bemerkt, daß die eingebrachte Resolution sowohl das Ministerium des Innern, wie auch das Finanzministerium berühre und daß er dieselbe auch im Auftrage dieses Ministeriums beantworte. Die Beantwortung hat folgenden Wortlaut:

Die großherzogliche Regierung beabsichtigt, die Bestimmungen der Verordnungen vom 12. März 1869 und 20. November 1879, die weltliche Feier der Sonn- und Festtage betreffend, den socialpolitischen Vorschriften der zur Gewerbeordnung erlassenen Novelle vom 1. Juni 1891 (§§ 41a, 55a, §§ 105 bis 105i) derart anzupassen, daß unter den gleichen Voraussetzungen, unter denen nach der Novelle vom 1. Juni 1891 ausnahmsweise Arbeiter an Sonn- und Festtagen beschäftigt werden dürfen, in den betreffenden Gewerbszweigen auch eine öffentliche oder durch ihre Vorbereitung oder Wirkung an die Oeffentlichkeit dringende Arbeit an Sonn- und Festtagen ausnahmsweise gestattet sein soll. Ferner wird gemäß § 105a Absatz 2 der Novelle vom 1. Juni 1891 bestimmt werden, daß als Festtage im Sinne der socialpolitischen Vorschriften der Gewerbeordnung die Feiertage zu behandeln sind, deren weltliche Feier nach den landesrechtlichen Vorschriften durch Untersagung der öffentlichen Arbeit geschützt ist. Endlich werden den Verwaltungsbehörden von der großherzoglichen Regierung die zur möglichst gleichmäßigen und den Absichten des Gesetzes entsprechenden Durchführung der reichsgesetzlichen Vorschriften dienlichen Weisungen gegeben werden; hinsichtlich des Handelsgewerbes sind bereits die bezüglichen Verfügungen ergangen. Soweit dies nicht durch die Rücksicht auf die Vorschriften der Gewerbeordnung geboten ist, wird nicht beabsichtigt, die seitherigen im Ganzen wohlbewährten Bestimmungen über die weltliche Feier der Sonn- und Festtage wesentlichen materiellen Aenderungen zu unterwerfen.

Die Eisenbahnverwaltung ist unausgesetzt bemüht, durch geeignete Eintheilung der Dienststunden den im Eisenbahnbetriebsdienst beschäftigten Beamten und Arbeitern eine ausreichende Sonntagsruhe zu gewähren. Die Besonderheiten des Geschäftsbetriebes lassen aber bei den verschiedenen Klassen der Bediensteten eine gleichmäßige Regelung nicht zu. Weitergehende Diensterleichterungen an Sonn- und Feiertagen würden eine namhafte Vermehrung des Personales erfordern und außerdem eine ganz erhebliche Einschränkung des Bahnverkehrs an solchen Tagen voraussetzen, eine Maßnahme, die nur im Zusammenwirken mit anderen deutschen Bahnverwaltungen durchführbar wäre.

Abg. Streicher stimmt dem Gesetz freudig zu. In weiten Kreisen der Geschäftswelt habe es große Befriedigung hervorgerufen, nur hinsichtlich der Festsetzung der Stunden an denen Sonntag gearbeitet werden dürfe — 4 bis 5 genügten vollständig — wünsche er noch eine bestimmtere Regelung. Auch wünsche er, daß insbesondere den Eisenbahnbeamten eine geregeltere und ausreichendere Sonntagsruhe zu Theil werde. Er sehe wohl ein, daß viele Schwierigkeiten damit verbunden seien und auch materielle Nachtheile nicht ausbleiben würden; aber er glaube, daß mit gutem Willen doch noch Manches erreicht werden könne. Er bitte deßhalb die großh. Regierung, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um auch den Eisenbahnbeamten der Sonntagsruhe theilhaftig werden zu lassen.

Abg. Frank wünscht, daß auch für die Landwirthschaft die Sonntagsruhe eintrete, aber gewisse Grenzen, so bei der Viehhaltung, müßten gezogen werden. Redner bespricht bei dieser Gelegenheit die sociale Reichsgesetzgebung und glaubt, bei aller Anerkennung der Alters- und Invaliditätsgesetzgebung aussprechen zu sollen, daß das Gesetz für die landwirthschaftlichen Dienstboten von nur geringem Nutzen sei. Hier sei eine Revision von Nöthen.

Abg. Birkenmayer schließt sich seinem Kollegen v. Buol an, auch die auf die Landwirthschaft bezüglichen Ausführungen des Abg. Frank haben ihn erfreut. Was die Beamten betreffe, so könne man das Gesetz etwas strenger, als bisher anwenden. Den Eisenbahnbetrieb könne man zwar nicht nach den Privatbetrieben beurtheilen, doch könne man die Sonntagsruhe etwas vergrößern; in der Schweiz wie in England sei man mit einer strengeren Sonntagsruhe vorgegangen, ohne daß diese Länder im Handel zurückgegangen seien.

Abg. Lohr behandelt die Frage vom christlich-religiösen und vom sittlichen Standpunkt. Insbesondere verurtheilt er die Nachtarbeit von Samstag auf Sonntag sowie die Bälle und Tanzkränzchen, die jeweils am Sonntag Morgen einen Katzenjammer hinterließen und so die Leute unfähig machten, ihren religiösen Pflichten nachzukommen. Auch mit der sog. Notharbeit in der Landwirthschaft nehme man es nicht genau genug; viele Arbeit werde verrichtet, die absolut nicht Notharbeit genannt werden könne. Er wünsche, daß die Notharbeit immer der Erlaubniß des Ortsgeistlichen bedürfe. Ferner rügte Redner die Arbeit staatlicher Beamten auf den Bureaus und das Abhalten von Gewerbeschulunterricht während des Gottesdienstes. Der Güterverkehr solle beschränkt und die Vergnügungszüge an Sonntagen ganz eingestellt werden. In England und Amerika werde der Sonntag viel strenger gehalten als bei uns und die Länder seien doch reicher. Auch die Juden hielten ihren Sabbath viel strenger und hätten doch Handel und Geld in ihren Händen.

Abg. Gönner wünscht ebenfalls den Arbeitern die nöthige Ruhe und Erholung. Doch zu weit dürfe man nicht gehen, wolle man nicht hohen wirthschaftlichen Interessen schädigend entgegentreten. Ueber die Sonntagsruhe der Geschäfte gingen die Meinungen weit auseinander. Der Versuch, durch freiwillige Vereinbarungen zu einem Ziele zu gelangen, sei auch gescheitert. Ebenso verhalte es sich mit der Landwirthschaft, wo eine gewisse Schonung geboten sei. Aus den Reden der Abgg. Frank und Lohr sei übrigens hervorgegangen, daß sie nicht zu den notleidenden Landwirthen gehörten. Die englische Sonntagsruhe mit ihrem Puritanismus könne er nicht anerkennen; unser deutsches Volk wolle, daß es sich am Sonntag in geselliger Vereinigung erhole, also auch hier sei ein Maßhalten geboten. Die Tanzkränzchen verschwänden mit der strengen Sonntagsheiligung nicht aus der Welt. Dieselben würden dann auf den Wochentag verlegt, wodurch zu einem blauen Montag noch ein blauer Dienstag käme. Auch bezüglich der Arbeit müsse eine Ausnahme gemacht werden. Wer sich gewissen Berufen (Eisenbahndienst, Arzt, Künstler 2c.) widme, wisse, daß der Sonntag ihm vielfach verloren sei. Was den Eisenbahnbetrieb im Allgemeinen betreffe, so halte er eine Einschränkung des Personenverkehrs nicht für geboten, in der Einschränkung des Güterverkehrs sei aber vorsichtig vorzugehen, wobei man auch an die Einnahmen des Staates denken müsse.

Abg. Gerber ist mit den Ausführungen Gönner's nicht einverstanden; ebenso bestreitet er, daß die Sonntagsruhe den kleinen Gewerbetreibenden auf dem Land schade. Wirkliche Nothardeit lasse er sich gern gefallen, das aber könne er nicht billigen, daß die Leute wegen Mangel an Arbeitern gewisse Arbeiten auf den Sonntag verschieben. Auch bei der Nothardeit werde sehr übertrieben. Ferner mißbillige er die vielen Vereinsfestlichkeiten an Sonntagen. Die Kriegervereine seien darin die Aergsten; vom Mai bis Oktober vergehe kein Sonntag, an dem nicht einige stattfänden. An einem Sonntag habe er nicht mehr als 12 gezählt. (Kiefer: Kath. Gesellenvereine.) Gerber: Diese besuchen auch den Gottesdienst bei ihren Festen und feiern viel seltener Feste. Auch die Geschäftsleute seien mit der Sonntagsruhe recht sehr einverstanden. Allerdings öffneten einige Geizkragen die Läden und zwingen so die Anderen, auch wieder aufzumachen. Viele Beamten, namentlich die Förster, verleiteten ihre Untergebenen nicht selten zur Verletzung der Sonntagsheiligung, indem sie dieselben zum Arbeiten 2c. anhielten. Auch die Sonntagsschulen gehörten abgeschafft. Er wünsche also eine strenge Durchführung des Gesetzes.

Abg. Kiefer: Es handle sich hier nicht um eine spezifisch katholische Frage, womit er den Antragstellern durchaus nicht das Recht abspreche, ihre Angelegenheit zur Sprache zu bringen. Die Humanität müsse dafür sorgen, daß der Staat dazu beitrage, daß Niemand allzusehr am Sonntag mit der Arbeit genaht wird. An die Ueberbürdung der Sonntagsarbeit bei den Beamten glaube er nicht, zum Mindesten werde Niemand am Besuch des Gottesdienstes verhindert.

Abg. Schlosser führt aus, daß er mit sehr getheilten Gefühlen dem Gesetz entgegensehe; der Handelsstand werde geschädigt, bei Vielen hänge von der Sonntagseinnahme die Existenz des Geschäfts ab. Eine strenge Sonntagsruhe treibe die Landbevölkerung in die Hände der Hausirer, was gewiß Niemand wolle.

Abg. Muser: Der Standpunkt der Humanität müsse bei Beurtheilung der Frage in den Vordergrund gestellt werden. Was Gerber und Lohr vorgebracht, sei einseitig; man müsse es jedem Einzelnen überlassen, den Sonntag nach seiner Façon zu feiern unter Rücksicht der gesetzlichen Vorschriften. Man solle nicht immer nach der Polizei schreien. Die Regierung müsse aber auch darauf sehen, daß die Sonntagsruhe nicht auf die finanzielle Lage der Bahnbeamten von Einwirkung sei. Eine entsprechende Normirung der zu bemessenden Arbeitszeit halte er für geboten.

Generaldirektor Eisenlohr weist auf gewisse Schwierigkeiten im Fahrdienst hin, die eine streng einzuhaltende Sonntagsruhe unmöglich machten. Die Erzeugnisse am Sonntag seien auf den größeren Verkehr zurückzuführen, dem die Verwaltung nicht entgegentreten könne. Eine einseitige Beschränkung in dem Güterverkehr könne Baden ohne große finanzielle Schädigung nicht vornehmen.

Ministerialrath Schenkel: Die Regierung habe die Absicht, die Sonntagsruhe im Sinne des Gesetzes loyal durchzuführen, sie werde stets davon ausgehen, daß in humanem wie religiösem Sinne die Sonntagsruhe nöthig sei, daß aber im Interesse des Handelsgewerbes vorsichtig vorzugehen sei. Die Regierung habe Erhebungen angestellt und sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß bisher die Sonntagsarbeit nicht zu Mißständen schlimmer Art geführt hätte, weßwegen auch die Abgg. Lohr und Gerber in ihren Ausführungen zu schwarz gezeichnet haben dürften.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Streicher, Birkenmayer, Lohr, v. Stockhorner, Schlosser, Kiefer wird die Sitzung geschlossen.

Schluß 2 Uhr.

H. **Karlsruhe,** 26. Jan.

18. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung 9¼ Uhr.

Am Ministertisch: Staatsminister Turban, Finanzminister Gußstäter.

Haus und Tribünen gut besetzt.

Tagesordnung: Berathung des Berichtes der Budgetkommission über das Budget 1892/93 und zwar: a) des Großh. Staatsministeriums: Berichterstatter Abg.

Birkenmayer und Gönner; b) des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Tit. I—VI, XI—XII der Ausgaben und Tit. I der Einnahmen. Berichterstatter Abg. Hoffmann.

Abg. Birkenmayer bemerkt, daß er zu dem Kommissionsbericht nichts weiter zu bemerken habe.

Zum Titel Staatsministerium bemerkt der Abg. Gönner, daß die beabsichtigte Trennung des Ministeriums des Großh. Hauses vom Staatsministerium zu weittragenden politischen Erörterungen in der Kommission geführt habe. Die Mehrheit derselben sei für Bewilligung der in Folge dieser Aenderung entstehenden Mehrforderung von 11,500 M. Die Minderheit dagegen.

Abg. v. Buol und Genossen bringen einen Antrag ein, in der Organisation des Ministeriums den status quo aufrecht zu erhalten.

Abg. v. Buol begründet diesen Antrag. Redner erkennt das Anwachsen der Geschäfte und die Haltheit des gegenwärtigen Zustandes an, allein er sieht in einem Anwachsen der Geschäfte keinen Grund zur Schaffung eines weiteren Ministeriums. Er gebe zu, daß eine Vermehrung der Arbeitskräfte nöthig sein möge, aber eine Aenderung nach oben erscheine nicht nöthig. Uebrigens würde ja eine weitere Persönlichkeit nicht hinzutreten, sondern die bereits vorhandenen Ressortchefs würden beibehalten. Wir wollten uns aber nicht ohne Noth die Rückkehr zum früheren Zustand abschneiden. Im Uebrigen ließe die Vorgeschichte des Vorschlages, das Ueberspringen von einem Vorschlag zum andern hinsichtlich der Nothwendigkeit gewisse Zweifel auftauchen. In der Begründung des Vorschlages sei auf die Vermehrung der Arbeiten auf socialpolitischem Gebiete hingewiesen, und gerade auf diesem Gebiete lasse die Regierung Manches zu wünschen übrig. Redner erinnert an einen Ausspruch des Reichskanzlers v. Caprivi im preußischen Abgeordnetenhause, welcher darauf hinweist, daß man den katholischen Mitbürgern entgegenkommen müsse, um gegen gewisse Elemente im Staate die Oberhand zu behalten. Ferner erinnert Redner an die Ablehnung des bekannten § 4 und an die Erhebungen wegen Niederlassung einiger Mönchsklöster in Baden. Ungeachtet der fortgesetzten Bemühungen des Volkes und der imposanten Volkskundgebungen habe die Regierung für die katholische Kirche nichts gethan. Dies habe eine große Kränkung des gesammten katholischen Volkes zur Folge gehabt. Alle Anstrengungen des katholischen Volkes nach dieser Seite werden nicht nur nicht beachtet, sondern als Aufreizung und Volksverhetzung bezeichnet. Wir Katholiken Badens stehen hinter allen anderen badischen Staatsbürgern zurück. Die Socialdemokraten könnten auswärtige Redner in's Land kommen lassen, wir aber können nicht ein Mal einen Ordensmann zu einer Festpredigt in der Kirche herbeirufen lassen, das sei keine Gleichheit. Ebenso stünden wir hinter unsern katholischen Mitbürgern im übrigen Deutschland zurück; ja, in der ganzen katholischen Welt seien die Katholiken freier als bei uns. Eine solche Behandlung hält Redner für unrecht und ungerecht. Die Abänderung des Ministeriums halte er, wie gesagt, nicht für nöthig und stimme deshalb dagegen. (Bravo!)

Bei Schluß des Blattes dauert die Sitzung fort.

Kleine badische Chronik.

⊙ **Eberſteinburg**, 27. Jan. Durch Ihre Königliche Hoheit die Frau Großherzogin wurde die arme Kirche dahier selbst mit dem kostbaren Geschenke eines Kelches erfreut, was hiermit auch öffentlich mit dem Ausdruck des innigsten Dankes bekannt gegeben wird.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 26. Jan. Die Samstag Abend beim Kultusminister stattgehabte Konferenz des Kaisers mit Miquel, Benda und Douglas dürfte, wie in politischen Kreisen verlautet, der Erwägung gegolten haben, daß das Volksschulgesetz nicht nur mit einer konservativ-ultramontanen Mehrheit, sondern in einer Form zu Stande kommt, die auch für die Liberalen annehmbar ist und Miquel's Verbleiben im Amte ermöglicht. So meldet wenigstens die „Frankfurter Zeitung".

München, 26. Jan. Herzogin Max ist heute Nacht gestorben.

Rom, 26. Jan. Der Papst empfing gestern mehrere Kardinäle, darunter Rampolla, in längerer Audienz.

Handel und Verkehr.

Karlsruhe, 25. Jan. Fleischpreise auf der Fleischbank des Wochenmarktes. Anwesend waren 8 Fleischverkäufer, welche verkauften: das Kuhfleisch zu 56, 60 Pfg., Rindfleisch 60, 64, 66, 68 Pfg., Schweinefleisch 64, 66, 68 Pfg., Kalbfleisch 64, 66, 68 Pfg., Hammelfleisch 60, 70 Pfg. — Marktpreise in der Woche vom 16. bis 23. ds. Mts.: Viktualien: Fleisch: 500 Gramm Ochsen 64, 72 Pfg., Rind 64, 68 Pfg., Hammel 60, 70 Pfg., Schwein 64, 68, geräuchert 85 Pfg., Kalb 64, 68 Pfg.; Brod: 450 Gr. weißes 20, 1400 Gr. schwarzes 46 Pfg.; Mehl: 500 Gr. weißes 24, schwarzes 20 Pfg., 1 Liter Erbsen 18 Pfg., Bohnen 18 Pfg., Linsen 30 Pfg., 500 Gr. Reis 32 Pfg., Gerste 28 Pfg., Gries 24 Pfg., 50 Kilo Kartoffeln 3.30 Mk., 500 Gramm Butter 1.10 Mk., Rindschmalz 1.20 Mk., Schweineschmalz 85 Pfg., 1 Liter Milch 18 Pfg., 6 Stück Eier 54 Pfg., 1 Liter saurer Rahm 60 Pfennig. — Sonstige Naturalien: 1 Kftr. Waldbuchenholz 42.—, Waldtannenholz 32.— Mk., 50 Kilo Heu 2.90, Stroh 2.20 Mk. Fische: 500 Gramm Aal 0.— Mk., Bärsch 70 Pfg., Hechte 1.20 Mk., Brefen 70, Weißfische 60 Pfg., Karpfen 0.90, Schleien 0.— Mk., Rothaugen 25, Koreisch —, Schellfische — Pfg.

Durlach, 23. Jan. 50 Kilo alter Hafer —.—, neuer 7.50, Gerste 0.— Mk., ½ Kilo Erbsen 22, Linsen 30, Bohnen 20 Pfg., 1 Kilo Halbweißbrod 38, 1½ Kilo Schwarzbrod 40 Pfg., ½ Kilo Ochsenfleisch 70, Rindfleisch 66, Schweinefleisch 70, Hammelfleisch 66—70, Kalbfleisch 70 Pfg., Butter 1.— Mk., 10 Eier 70—— Pfg., 20 Liter neue Kartoffeln 1.90 Mk., 50 Kilo neues Heu 2.90, Stroh 1.50 Mk.

Mannheim, 25. Jan. (Börse, Effekten.) An der heutigen Börse notiren: Badische Anilin- und Sodafabrik-Aktien 264 G. Mannheimer Lagerhausgesellschafts-Aktien 81 G.

Mannheim, 25. Jan. (Börse, Getreide.) An der heutigen Börse war die Tendenz etwas fester und fanden in Weizen, Roggen und Hafer ziemliche Umsätze statt. Mais ruhig.

Offenburg, 23. Jan. (Schweinemarkt.) Aufgefahren wurden: 220 Stück, darunter 6 Läufer von 40—45 Pfund, aus 17 Ortschaften in 47 Sendungen der Bezirksämter Achern, Kehl, Lahr und Offenburg. Geschäftsgang: ziemlich gut. Preise für das Paar Läufer 42—50 Mk., für das Paar Ferkel 13—23 Mk.

Freiburg, 23. Jan. (Fruchtpreise.) Weizen p. 2 Ctr. 24.—, 23.01, 23.— Mk., Halbweizen 22.—, —.—, —.— Mk., Roggen 20.50, 20.10, 19.— Mk., Molzer 18.—, 17.04, 16.— Mk., Gerste —.—, —.—, —.— Mk., Hafer —.—, —.—, —.— Mk. Verkauft wurden: Weizen 3402 Kilo, Halbweizen 284 Kilo, Roggen 2749 Kilo, Molzer 960 Kilo, Gerste —— Kilo, Hafer —— Kilo. Summa 7395 Kilo. Erlös 1584 Mk. 19 Pfg.

Freiburg, 23. Jan. Auf dem heutigen Schweinemarkt waren zum Verkaufe aufgestellt: 20 Läufer und 225 Ferkel, wovon 16 Läufer à 22—35 Mk. per Stück und 176 Ferkel à 7—16 Mk. per Stück verkauft wurden. Die Preise sind für Ferkel etwas gestiegen und für Läufer die gleichen geblieben. Der Markt war gering befahren.

Straßburg, 25. Jan. Auf dem heutigen Schlachtviehmarkte wurden verkauft: 110 Ochsen 128—134 Mk., 198 Kühe 112—120 Mk., 0 Kuhrinder 110—120 Mk., 6 Stiere 110—114 Mk., 98 lebende Schweine 106 bis 110 Mk., 2 geschlachtete Schweine 102—106 Mk., 20 lebende Hämmel 128—140 Mk., 2 geschlachtete Hämmel 104 bis 108 Mk., 42 lebende Kälber 136—144 Mk. Alles für 100 Kilo.

Deutsche Anti-Sklaverei-Lotterie. 2. Klasse. Bei der am 22. Januar fortgesetzten Ziehung fielen 1 Gewinn von 300,000 Mk. auf Nr. 31501. 1 Gewinn von 25,000 Mk. auf Nr. 88128. 1 Gewinn von 20,000 Mk. auf Nr. 29580. 2 Gewinne von 5000 Mk. auf Nr. 194036 199209. 2 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 42379 156768. 6 Gewinne von 2000 Mk. auf Nr. 1821 19759 63542 122755 133126 147378. 14 Gewinne von 1000 Mk. auf Nr. 28956 45121 60435 81006 84734 85146 94862 98139 102680 103506 125795 127484 181224 19025. 29 Gewinne von 500 Mk. auf Nr. 8888 26490 42398 47841 53583 58221 58557 63281 68048 72821 76910 77602 87243 89211 92874 102661 115065 120513 123752 130049 140554 153756 160161 167858 172362 174546 184513 184629 199809.

Bei der am 23. Januar beendigten Ziehung der Anti-Sklaverei-Lotterie fielen 2 Gewinne von 10,000 Mk. auf Nr. 33960 87035. 2 Gewinne von 5000 Mk. auf Nr. 78642 179262. 6 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 9016 17237 43267 51788 112534 152672. 1 Gewinn von 2000 Mk. auf Nr. 38701. 20 Gewinne von 1000 Mk. auf Nr. 11947 34015 36415 48617 50821 78374 85463 130006 131442 143667 145770 154929 157047 158090 174886 179624 182958 185805 190472 194914. 46 Gewinne von 500 Mk. auf Nr. 608 1982 12288 12449 12581 13739 17373 18687 18756 20064 21736 30301 38156 39307 37258 62012 64571 64484 64748 65290 66441 73038 75040 84013 84355 84695 86365 98805 99846 106142 105041 107302 121048 130213 143220 158441 154070 157385 161735 172019 175514 179515 180046 190087 195878 199095. (Ohne Gewähr.)

Konkurse. Leopold Blech, Bankgeschäft in Karlsruhe, Eröffnungstermin 19. Jan., Anmeldefristablauf 7. März, 1. Gläubigerversammlung 12 Febr., Prüfungstermin 28. März. — Wilhelmine Wolf, Handelsfrau in Karlsruhe, 19. Jan., 22. Febr., 8. Febr., 7. März. — Anton Riedel, Bilderhändler in Mannheim, 21. Jan., 11. Febr., 19. Febr., 12. Febr. — Emil Adolf Schmieder, Zeichenlehrer Eheleute in Mannheim, 18. Jan., 5. März, 13. Febr., 22. März. — Christian Kühn, Wittwe, Christine, geb. Grupp, in Bröhingen, Amt Pforzheim, 23. Jan., 19. Febr., 1. März, 1. März.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebote: 23. Jan. Wilhelm Kriel von Oberscheffenz, Aushilfsbremser hier, mit Barbara Frank von Haagen. — Karl Gutmann von Balzfeld, Schlosser hier, mit Franziska Wenger von Griesheim.

Geburten: 17. Jan. Frieda Margaretha, Vater Gustav Hölzer, Kaufmann. — 19. Jan. Max Wilhelm, Vater Karl Albert Geigle, Möbelpacker. — 21. Jan. Luise, Vater Albert Eisele, Buchdrucker. — 22. Jan. Friedrich Paul, Vater Paul Schütz, Diener. — Luise Frieda, Vater Robert Bukow, Maler. — 23. Jan. Elise Magdalena, Vater Karl Staub, Schuhmacher. — 24. Jan. Kurt Theodor Anton, Vater Anton Schweikart, Maler. — Ludwig, Vater Wilhelm Benz, Schutzmann. — Frieda Therese, Vater Wilh. Kiefer, Bierbrauer.

Todesfälle: 23. Jan. Elisabetha, alt 4 Jahre, Vater Leo Knapp, Küfermeister. — Elise, alt 1 Jahr 6 Monate 4 Tage, Vater Gustav Werner, Dreher. — Franz Josef, alt 4 Jahre, Vater Anton Merz, Versicherungsinspektor. — Luise Leber, alt 67 Jahre, Wittwe des Metzgers Heinrich Leber.

Auswärtige Todesfälle.

Freiburg: Karolina Danzeisen, 60 J. — Marie Wehrle, 86 J. — Johann Baptist Riem, Landwirth und Waisenrichter, 53 J. — Ferdinand Ettle, Privat. Pauline v. Herabam, geb. Friederich, 89 J.
Hölstein: Eva Weber, 18 J.
Kandern: Karl Friedrich Jülle, Schmiedmeister.
Nürnberg: Maria Katharina Greiner, geb. Kreiler Wittwe, 76 J.
Lörrach: Daniel Müller, Altrathschreiber.
Mannheim: Helene Wimmer, geb. Bernek. — Philipp Knapp, Hofmusikus a. D. — Daniel Pfeiffer. — Karl Heinrich Wickenhäuser.
Staufen: Fr. J. Riesterer, Privat, 78 J.
Ettlingen: Ernst Schuhmacher, 29 J.

Biberach, Württemberg.

Etwaige männliche katholische Nachkommen hiesiger Patrizier werden hiemit zur Bewerbung um das pro 1891/92 zu vergebende Joseph Scherrich von Auerdorf'sche Studienstipendium binnen vier Wochen à dato eingeladen. 3.1

Den 24. Januar 1892.

Scherrich v. Auerdorf'sche Stiftungsverwaltung:
Ackermann.

Ausschreiben!

Bei dem adeligen Albert-Karolinen-Stift dahier sind zwei Präbenden von jährlich 600 fl. oder 1028 M. 57 Pf. vom 1. Januar und 1. Februar d. J. an zu vergeben.

Bewerbungen um diese Präbenden sind unter Nachweisung der Verwandtschaft mit den Stiftern, sowie mit den übrigen vorgeschriebenen Belegen innerhalb drei Wochen bei der unterzeichneten Executorie schriftlich portofrei einzureichen. 2.1

Freiburg, den 25. Januar 1892.

Die Executorie des Albert-Karolinen-Stifts:
Albert Graf Hennin.

Gottesdienst.

Geburtsfest Seiner Majestät des Kaisers.
Katholische Stadtpfarrei St. Stefan.
8 Uhr Kindergottesdienst.
10 Uhr Hochamt.
Ludwig Wilhelm-Krankenheim.
10 Uhr hl. Messe.
Liebfrauenkirche.
9 Uhr Hochamt mit Te Deum.

Am Montag, den 22. Februar d. J., Nachmittags 3 Uhr, wird **am Platze selbst** das nachgenannte

Wassenbach'sche Fabrikanwesen,

dahier im Auftrage des Eigenthümers einer freiwilligen Versteigerung unter **günstigen Zahlungsbedingungen** ausgesetzt:

83 ar 61 qm Haus- und Hofraite und Garten — letztere zu Bauplätzen geeignet — an der Eisenbahnstraße nahe der Bahnstation dahier mit daraufstehenden, in gutem Zustande befindlichen dreistöckigem Wohnhaus u. geräumigen Fabrikgebäuden.

Die Fabrikgebäude enthalten u. A. zwei Arbeitssäle von je 35 m Länge und 20,4 m Breite, zwei Dampfkessel, Dampfmaschinen mit Zubehör, Transmissionen, Dampfheizung und Gasleitungen, eine Förderereinrichtung und große Magazinräume nebst Arbeiterwohnungen.

Arbeitskräfte, namentlich weibliche, sind hier und in der Umgegend reichlich vorhanden.

Das Anwesen, das sich zu jedem Gewerbebetrieb eignet, kommt in mehrere Loose getheilt und im Ganzen zum Ausgebot und kann jederzeit eingesehen werden, zu welchem Zweck man sich an Herrn K. Wennig hier wenden wolle welcher auch jede weiter gewünschte Auskunft ertheilt. 5.1

Die Bedingungen können vor dem Versteigerungstermin bei dem Bürgermeisteramt dahier eingesehen werden.

Bühl, den 24. Januar 1892.

Das Bürgermeisteramt.

Katholischer Männerverein Constantia.

Mittwoch, den 27. Januar d. J., Abends 8 Uhr, im vorderen Saale zum „**Augustiner**", Kreuzstraße:

Geburtstagsfeier Seiner Majestät des deutschen Kaisers.

Zu zahlreichem Besuche ladet die Mitglieder sowie Freunde des Vereins höflichst ein

Der Vorstand.

Das

Theresienhaus Mannheim

Litr. T 5 Nr. 3

unter der Leitung von barmherzigen Schwestern stehend:
1) gewährt stellenlosen Dienstboten billige Herberge und vermittelt ihnen unentgeldlich neue Stellung;
2) bildet junge Mädchen in allen häuslichen weiblichen Arbeiten: im Kochen, Backen, Waschen, Bügeln, im Hand- und Maschinen-Nähen, im Flicken, Wäsche- und Kleiderfertigen, sowie in feineren Arbeiten aus.

Auskunft ertheilen: die Oberin Schwester **Camilla**, T 5, 3, sowie der Vorstand: **G. Becker**, Pfarrcurat. 2

Anzeige und Empfehlung.

Einer tit. hiesigen Einwohnerschaft, sowie der ganzen Umgegend der Residenzstadt **Karlsruhe** zur gefälligen Kenntnißnahme, daß ich das bis dahin innegehabte, alt-renommirte

Gasthaus zum König von Preussen

auch fernerhin im Betrieb behalten werde.

Durch einen neuen, günstigen Miethvertrag bin ich in der Lage, meinen werthen Stammgästen, Freunden, Bekannten und jedem Besucher meines Gasthofes in jeder Weise auf's Beste entgegenzukommen. 6.1

Neben guten reinen Weinen in jeder Preislage und Ausschank eines vorzüglichen Lagerbiers vom Faß und in Flaschen aus der Brauerei **Moninger**, empfehle ich eine gute, bürgerliche Küche.

Indem ich billige und aufmerksame Bedienung zusichere, bitte ich um zahlreichen Besuch.

Karlsruhe, den 23. Januar 1892.

Christian Schneckenburger.

Concert-Saal Brauerei Schrempp, Waldstraße. Karlsruher Colosseum,

jeden Tag Abends 8 Uhr beginnend,

Vorstellung von nur Künstler I. Ranges.

= Reichhaltiges, jeden Tag abwechselndes Programm. =

Alles Nähere durch die Plakate ersichtlich. 2

Sebastian Münich,

Tapezier, Hirschstraße 12,

empfiehlt sein Lager in Holz- und Polstermöbeln, Roßhaaren, Bettfedern, Barchent, Drill, farbigen und Tüllgardinen, Vorhangstangen, Rouleaux.

Lieferung ganzer Ausstattungen. Umarbeiten von Betten und Polstermöbeln.

Nur reelle Bedienung bei billigen Preisen. Je nach Wunsch mit günstigen Zahlungsbedingungen. 2

Weiß- und Roth-Weine

empfiehlt

Franz Mayer, Kronenstraße 18.

Verloren

wurde am **Sonntag, 24. ds. Mts., Abends zwischen 8 und halb 9 Uhr** auf dem **Bahnhofsperron** in **Karlsruhe** von einem Dienstmädchen **ein kleines rothledernes Portemonnaie** mit ca. **Mk. 56** enthaltenes Geld. Der Finder wird gebeten, dasselbe auf der **Expedition dieses Blattes** gegen **gute Belohnung** abzugeben.

Vortrag.

Großer Rathhaussaal: Mittwoch, 27. Januar, Abends 8 Uhr, Volksvorlesung des Herrn Dr. Manz über Werke vaterländischer Dichter.

Barletta!! Barletta!!

13,² — 14,5° Alkokol, 30—36°/₀₀ Extr. persönlich am Productionsorte eingekauft, offeriren wir Anfangs Februar lieferbar bei Abnahme von:

600 Liter von **M. 32** an		per **100 Liter** unverzollt
300 „ „ „ **35** „		ab
100 „ „ „ **38** „		
25 „ „ „ **40** „		Station **Karlsruhe.**

Wir garantiren für **Naturreinheit** und daß sämmtliche Weine zum **ermässigten Zollsatz** (M. 10) als Verschnittweine eingeführt werden können. 3.2

Bei Abnahme größerer Quantitäten oder Wagenladungen bedeutende Preisermäßigung.

Franz Fischer & Cie.,

Ital. Wein-Import-Geschäft, Karlsruhe.

Die so rasch beliebt gewordene

Feldienst-Cigarre,

100 Stück Mk. 4.70, — 500 Stück Mk. 23.— franco,

ist wieder vorzüglich gelagert auf Lager und empfehle ich dieselbe bestens.

Gustav Schneider, Cigarren-Versandtgeschäft, **Karlsruhe.** 43

Kaiser-Panorama.

99 Kaiserstraße 99.

Täglich geöffnet von 10 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Eintrittspreis 20 Pfg., Kinder 10 Pfg. Abonnements 5 Reisen Mk. 1.—.

Vom 24. Januar bis mit 30. Januar:

Konstantinopel und Athen.

Hochinteressanter Cyclus.

Jeweils Mittwoch von 1 bis 4 Uhr Eintritt für Schüler 10 Pfg.

RUDOLF MOSSE
Annoncen-Expedition
46 Amalienstrasse 46
(am Kaiserplatz)
KARLSRUHE. 31

Echtes altes Kirschenwasser

empfiehlt

Franz Mayer, Kronenstraße 18.

Großherzogliches Hoftheater.

Mittwoch, den 27. Jan. 16. Abonnem.-Vorstellung. Zur Feier des Geburtsfestes Sr. Majestät des deutschen Kaisers. In festlich beleuchtetem Hause. Neu einstudirt: **Euryanthe.** Große romantische Oper mit Ballet, gedichtet von Helmina v. Chezy. Musik von Karl Maria v. Weber. Anfang ½ 7 Uhr.

Notirungen der Frankfurter Börse

vom 25. Januar 1892.

Staatspapiere.		
4 %	Deutsche Reichs-Anl. M.	107 8 90
3½ „	„ „ „ „	99.10.
3 „	„ „ „ „	84 50
4 „	Preuss. Konsols „	106 80 75
3½ „	„ „ „	99 10.
3 „	„ „ „	84 50
4 „	Bayer. Abl.-Rente fl.	109.—.
4 „	Würt. Rente v. 85 u. 87 M.	—
4 „	Badische Obligationen fl.	102.50.
4 „	„ v. 1886	100 90.
4 „	Oest. 4.-Sch. Gold Elisab.	98.80.40
4 „	„ Goldrente fl.	96.70 40
4½ „	„ Silberr. „	81 80 90
4⅕ „	„ Papier. „	81 80.
4 „	Ungar. Goldrente „	93.70 60
5 „	„ Papierrente	89 10 20
6 „	Russ. Gold-Anleihe R.	102 70.
4 „	Span. ausl. Rente	64.50.
5 „	Italien. Rente	91.30.50
4 „	Serbien. Goldrente	85.04.90
5 „	Serbien, St. E. Hyp. Obg.	86 5. 40
Bank-Aktien.		
4½ %	Deutsche Reichsbank	143 30.
4 „	Badische Bank	112.90
4 „	Darmstädter Bank	—
5 „	Oest. Kreditb. (Ultimo)	266¼ 8
4 „	Rhein.	118.90.
4 „	Deutsche Bank	157 9 8
4 „	Deutsche Union-Bank	88.40.
Inländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.		
4 %	Heidelberg-Speyer Thlr.	40.80.
4 „	Hessische Ludwigsb. „	112 90.
4 „	Ludwigsh.-Bexbach fl.	222 4.
4½ „	Pfälzer Maxbahn	142.90
4 „	„ Nordbahn	116.—.
Ausländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.		
5 %	Albrecht ö. W. 200 fl.	77½ ¼
5 „	Oest.-Ung. St. 500 Fr.	256¼ 80
5 „	Nordwestb. fl.	166—.
4 „	Lit. B. Elbthal „	205⅝ 6⅛
5 „	Schweiz. Centralb. Fr.	131.50.40
4 „	Gotthardbahn „	139.50.40
Prioritäten.		
5 %	Albrecht ö. W. 200 fl.	99.50.
5 „	„ in Gold 400 M.	—
3 „	Oesterr. Südbahn	104 10.
3 „	„ „ 1871	—
3 „	„ Ung.-Staatsb. 1872	102 10.
3 „	„ Staatsb. 1.—8. Em.	86.—
3 „	„ „ 9. Em.	81 8.75
4 „	„ „ Ergänz.	81.40.
5 „	Prag-Dux-Eisenb. i. Gold	107.—.
Verzinsliche Anlehens-Loose.		
3½ %	Preuss. 100 Thlr.	—
3½ „	Köln-Mindener 100 Thlr.	132.80.
4 „	Bayerische 100 Thlr.	144.50 40
4 „	Badische 100 Thlr.	133 20
4 „	Meining. Pfdbr. 100 Thlr.	129 80.
3 „	Oldenburger 40 Thlr.	128.20.
4 „	Oest. v. 1854 ö. W. 250 fl.	124.—.
5 „	„ v. 1860 ö. W. 500 fl.	126.60.80
Unverzinsliche Anlehens-Loose.		
	Braunschweiger 20 Thlr.	104 90.
	Augsburger 7 fl.	29.50.
	Ansbacher 7 fl.	43.80.
	Meininger 7 fl.	27 30.
	Pappenheimer	25.20.
	Freiburger 15 Fr.	30 90.
	Mailänder 45 Fr.	42.80.
	„ 10 Fr.	18.10.
Wechsel. K. S.		
	Amsterdam 100 fl.	144.95.
	Antwerpen 100 Fr.	80 90.95
	Schweiz 100 Fr.	80.70.
	Wien 100 fl. ö. W.	172 75.
	Paris 100 Fr.	81.05
	London	20.375.
Pfandbriefe.		
4 %	Rhein. Hypothekenbank	100.40.80
3½ „	„ „	92.—
4 „	Bayer.	101.40.20
4 „	Württemb.	102.1.90
Verfallene Coupons.		
	Oesterr. Papier	172 40.
	Amer. U. St.- u. K. B.	4.17
Geldsorten.		
	20-Franken-Stücke	16.13—16
	„ in ½	16.17—15
	Dukaten	9.70——
	„ al marco	9.70——
	Engl. Sovereigns	20.31—36
	Russ. Imperials	16.65—60
	Gold-Dollars	4.19—15
	Reichsbank-Diskonto	3 %
	Frankfurter Bank-Diskonto	3 %

Verantwortlich: Für den politischen und allgemeinen Theil: J. Küttgers. — Für den badischen und lokalen Theil: B. Häfner. — Für Landwirthschaft, Handel und Inserate: H. Vogel. — Sämmtlich in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. — Heinrich Vogel, Direktor.